Nr. 363 / B 179 Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 3. August 1925

V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2323–2326, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Severing greift ein

Der Innenminister im Flüchtlingslager / Der untätige Oberpräsident / Sofortiger Abtransport von 2000 Flüchtlingen / Unterbringung der Kinder

fr **Schneidemühl**, 3. August

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

Minister Severing ist gestern nacht in Begleitung des Ministerialrates Dr. Raithenau, des Oberregierungsrates Roecker vom Preußischen Innenministerium und des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Sirup in Schneidemühl eingetroffen, wo ihn die Spitzen der Regierungs- und Ortsbehörden und eine Abteilung des Reichsbanners am Bahnhof erwarteten. Der Minister begab sich sofort in das Flüchtlingslager, wo ihn der Anblick der Vertriebenen, die auf dünnen Strohschütten lagernd, ohne Decken in den überfüllten Hallen die Nächte verbringen, sichtlich erschütterte.

Auf die Frage des Ministers, warum weder Decken, noch Matratzen für die Flüchtlinge herbeigeschafft worden seien, wußte der Oberpräsident der Grenzmark Westpreußen-Posen, Herr v. Bülow, der den Dingen bisher mit verblüffender Kaltblütigkeit ihren Lauf ließ, keine Antwort zu geben.

Heute früh fand unter dem Vorsitz des Ministers eine Konferenz statt, in der die zu treffenden Maßnahmen beschlossen wurden. Ihr Berichterstatter wurde hierauf vom Minister Severing empfangen, der erklärte: „Das Lager macht zweifellos einen improvisierten Eindruck. Die Flüchtlinge haben schwere Tage und Nächte hinter sich. Der Umstand, daß die notwendigen Unterlagen für die Zahl der zu erwartenden Optanten fehlten, daß die bereits im Januar verlangten Fragebogen von ihnen zum größten Teil nicht beantwortet wurden, erklärt die schwierige Lage, da ja nach dem eingegangenen Material mit einer viel geringeren Zahl von Flüchtlingen gerechnet werden mußte, für die die getroffenen Vorbereitungen zweifellos genügt hätten.

Doch es wird sofort alles geschehen, um den augenblicklichen Notstand zu beheben. Lagerkommandant Engelin und der Leiter des Arbeitsnachweises Dr. Zirkel haben ihre Pflicht aufopferungsvoll erfüllt. Man wird nunmehr die Flüchtlinge, für die im Augenblick keine geeigneten Arbeitsstellen zu finden sind, auf andere Regierungsbezirke verteilen und hofft so, die Belegschaft im Lager sofort um 2000 Köpfe verringern zu können. Weitere 2000 Flüchtlinge dürften bereits in allernächster Zeit auf passenden Arbeitsstellen untergebracht sein.

Für die Kinder, deren Schicksal mir am meisten am Herzen liegt, wird ein Kinderheim in der Nähe von Schneidemühl errichtet werden, das so massiv gebaut werden soll, daß es als dauernde Einrichtung bestehen bleiben kann. Die Schlafgelegenheiten werden mit Aufbietung aller Kräfte verbessert werden. 9000 Decken werden bereits aus Berlin angeliefert. Die Herstellung von Bettstellen in genügender Anzahl ist in Auftrag gegeben. Zur Speisung der Flüchtlinge sind vier Feldküchen angefordert und bereits im Anrollen.

Die Feuersgefahr im Flüchtlingslager wird durch eine strenge polizeiliche Feuerordnung, durch Hinwegschaffen des leichtentzündlichen Strohs aus den Räumen und durch Ausbrechen großer Pforten aus den Mauern gebannt werden. Die erkrankten Erwachsenen und Kinder werden noch im Laufe des heutigen Vormittags isoliert werden. Für ausreichendes Pflegepersonal und einen ständigen ärztlichen Dienst ist Vorsorge getroffen." Der Minister machte hierauf einen längeren Rundgang durch das Lager, wo er von der Menge mit dem Deutschlandlied begrüßt wurde. Das Eintreffen des Ministers hat auf die Flüchtlinge sehr beruhigend gewirkt. Es ist anzunehmen, daß es dem energischen Eingreifen der Regierung gelingen wird, in kurzer Zeit menschenwürdige Zustände im Lage zu Schneidemühl herbeizuführen.

Optanten und Verdrängte

Unter den Ausgewiesenen befinden sich außer den Optanten auch Verdrängte. Die Verdrängten werden vom Reichsentschädigungsamt in die Lage gesetzt, ihren in Polen verlassenen Besitz in Deutschland neu zu erwerben. Sie erhalten Entschädigungen bis zu 8000 Mark, für die sie in Deutschland Grundbesitz erwerben können.

Von den 6000 bisher Ausgewiesenen sind etwa 650 zu den Verdrängten zu rechnen. Die übrigen Optanten, also die große Mehrzahl, sind vorläufig auf den mitunter sehr geringen Erlös aus ihrem Hab und Gut in Polen und die in Schneidemühl erhaltene Wegzehrung angewiesen. Verhältnismäßig leicht gelingt es, Bauhandwerkern und Landwirten in ihrem Beruf Arbeit zu vermitteln, während die geistigen Arbeiter zeitweise mit Beschäftigungen vorlieb nehmen müssen, die ihren Neigungen nicht ganz entsprechen. Nur der Freundlichkeit der Landwirte in der Umgebung, die ihr Getreide frühzeitig dreschen ließen, um Stroh zu beschaffen, ist es zu verdanken, daß die Optanten noch eine Aufnahme fanden, wie man sie ihnen bieten konnte.

Uebrigens waren die deutschen Optanten in Polen vor kurzer Zeit noch der Ansicht, daß die polnische Regierung die Ausweisungen nicht so rigoros handhaben würde, wie es jetzt geschehen ist. Während viele deutschen Optanten bereits freiwillig auswanderten, war die Mehrzahl gewillt, nur der Gewalt zu weichen.

Beratungen beim Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und den Reichsinnenminister Schiele zum Vortrag über die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen, die Versorgung der Ausgewiesenen und die im Zusammenhang hiermit noch zu treffenden Maßnahmen.

Sicherheitskonferenz nach der Völkerbundstagung?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

akl **Brüssel**, 3. August

Nach der „Etoile belge" sollen augenblicklich Besprechungen stattfinden über die Möglichkeit einer Konferenz, an der Deutschland teilnehmen und auf welcher der Sicherheitspakt verhandelt werden soll. Das Brüsseler Blatt glaubt, daß die englische und die belgische Regierung zur Abhaltung einer solchen Konferenz geneigt seien, während man auf französischer Seite noch zögere. Die Konferenz soll in der zweiten Septemberhälfte stattfinden, also nach der Völkerbundstagung. Diese Tagung, die am 5. September beginnt, erlaube Chamberlain, Briand und Vandervelde, die alle drei in Genf sein werden, den Gedankenaustausch über den Sicherheitspakt. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde bei der Genfer Tagung zur Sprache kommt. Aus diesem Grunde sehe man, so erklärt die „Etoile belge", auch nicht die Notwendigkeit ein, die in Rede stehende Konferenz vor der Völkerbundtagung abzuhalten.

nr **London**, 3. August

Wie der diplomatische Berichterstatter des „Observer" mitteilt, steht auf dem Programm der Zusammenkunft, die Briand und Caillaux in etwa 14 Tagen mit den englischen Ministern hier in London haben werden, vor allem die französische Antwortnote und der deutsche Eintritt in den Völkerbund. Der Berichterstatter sieht in diesem Punkte zwei Möglichkeiten, einmal, daß Deutschland auch ohne daß alle bestehenden Voraussetzungen auch tatsächlich erfüllt sind, d. h. also auch ohne daß der Sicherheitspakt abgeschlossen wird, in der nächsten Tagung „im Prinzip" in den Völkerbund aufgenommen wird, und daß diese Aufnahme erst wirksam wird, nachdem alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, oder zweitens, daß der Sicherheitspakt „im Prinzip" abgeschlossen wird, und erst hinderde Kraft erhält, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. Eine weitere Schwierigkeit sieht der Berichterstatter darin, daß Deutschland noch gar nicht seine Absicht erklärt hat, Mitglied des Völkerbundes zu werden, oder nur zu Bedingungen, die den französischen Widerstand ausgelöst haben.

Die Ratifizierung des Saarabkommens

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

br **Saarbrücken**, 3. August

Am Donnerstag, den 6. August, beginnen im Sitzungssaal der Handelskammer die Besprechungen über die Verteilung der Kontingente aus dem Saarabkommen. Man hofft in den saarländischen Kreisen sowohl von seiten der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber aufs bestimmteste damit, daß das Saarabkommen vom Reichstage ratifiziert werden wird, da sonst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Saargebietes, die durch die Zollgrenze seit dem 10. Januar d. J. entstanden sind, ins Unerträgliche anwachsen werden.

Demokratische Jugend in Altenburg

Sonderbericht für die „Vossische Zeitung".

na **Altenburg**, 3. August

Aus der weiten Leipziger Ebene nähert man sich dem thüringischen Hügelland. Da liegt Altenburg. Alles überragend das Residenzschloß: winklig gebaut, malerisch, romantisch von der Hofseite aus, trotzig von der Stadt aus gesehen. Um den Schloßberg herum breitet sich die Stadt aus mit engen Gassen und einer breiten Promenade vor dem Schloßberg mit ein paar schönen Kavalierhäusern und einem weiten Marktplatz, mit dem Stadtbrunnen am Brühl, auf dem die vier Wenzel miteinander raufen. Der Geist des fürstlichen Absolutismus spiegelt sich in der Stadtanlage sichtbarlich wieder: auf der Höhe der Fürst, und im Tal der Bürger, der Untertan. Ein bürgerlicher Arzt aber erfand hier in Altenburg vor vier, fünf Jahrhunderten das Skatspiel.

Hier also sammelte sich die demokratische Jugend zu ihrer Tagung, der ersten großen Tagung mit der unvergeßlichen Feier in Kassel und auf dem Dörnberg zu Pfingsten 1922. Inflation und der Kampf zwischen Jugendbewegung und politischer Bewegung haben ihre Entwicklung eine Zeit lang gehemmt. Nun aber ist ein neuer Bund demokratischen Jugendwillens in der Entstehung begriffen, der haltbar zu werden verspricht und edelste deutsche Jugend an sich zieht.

Von allen Seiten, aus allen Gauen Deutschlands waren sie nach Altenburg gekommen, die demokratischen Jungen und Mädels, vom Rhein und aus Niedersachsen, aus Baden und Schwaben, aus Bayern und Ostpreußen, von der Saar und aus Oesterreich: alle deutschen Landschaften und Mundarten waren vertreten, und über alles wölbte sich das Gelöbnis zum einigen Großdeutschland, das den Grundton der Tagung gab und in allen Reden, vor allem aber in den Ansprachen des Parteivorsitzenden Koch und des Abgeordneten Freiherrn von Richthofen zu erschütterndem und mitreißendem Ausdruck kam.

Der Sonnabend-Nachmittag war den organisatorischen Fragen gewidmet: Hößling gab Bericht von der Tätigkeit des Bundes, von seinem Wachsen und seiner Ausbreitung. Mit neuen Impulsen zur Arbeit und zur Werbetätigkeit werden die jungdemokratischen Scharen in die Heimat fahren, denn ein großes Erlebnis bindet sie nach diesen Tagen in Altenburg ebenso aneinander wie nach den Tagen in Kassel: nach der Organisationssitzung zog man hinaus nach Windischleuba, am lodernden Feuer der Bundesfahne zu weihen.

Es ist schon ein eigen Ding um die Feste der Jugend, die in deutschen Landen gefeiert werden! Gemeinschaftsgeist steigt plötzlich auf, alles ist sich einschmelzend, was an gesonderter Individualität etwa vorhanden ist, sich eben noch in der Redeschlacht bekämpfte und nun plötzlich, Bruder bei Bruder, sich vereinigt im Glauben an die Idee.

Auf dem Schloßplatz sammelte sich der Zug: in der stolzen Entschlossenheit dieses kleinfürstlichen Schloßhofes wogte es von schwarz-rot-goldenen Fahnen. Das Reichsbanner von Altenburg war in treuer Kameradschaft angetreten. Jugendlicher Stimmenlärm, Schwenken der Fahnen, Heilrufe: und dann plötzlich Stille. Der Marsch setzt ein und der Zug bewegt sich, tief gegliedert, vorwärts; durch das Burgtor ziehen die schwarz-rot-goldenen Fahnen hügelabwärts, die Windungen der Auffahrtsstraße hinab, durch Altenburg hindurch. Staunend steht das Publikum der damaligen Residenz — die junge Demokratie lebt und marschiert, ein langer Zug, singend die Lieder der neuen Zeit, der Jugend und des deutschen Volkes. Und über allem ein hoher Himmel mit köstlichem Gewölk des Abends.

In das Land hinein wandert der endlose Zug, in den sinkenden Abend. Eine Stunde vor den Toren Altenburgs, bei dem Dorf Windischleuba liegt ein Fels, der eine Mulde amphitheatrisch umschließt. Hier ist der Holzstoß errichtet. Langsam geht der volle Mond über dem wandernden Zuge auf und leichte Nebel steigen von den Wiesen und Feldern.

Und dann lodert die Flamme mächtig gen Himmel: weithin leuchtet das Feuer; phantastisch ist das Bild: Die vielen Menschen, die auf der natürlichen Terrasse des Felsens stehen, die Fahnen im Halbkreis vor der natürlichen Rednerkanzel, auf die nun der Parteivorsitzende Koch tritt und feierliche Worte aus dem Geist und der Gesinnung des Freiherrn vom Stein heraus an die Jugend richtet, Worte, in denen der Zorn gegen engstirnigen Partikularismus und der Glaube an ein einiges Großdeutschland der Zukunft leben. Nach ihm am Feuer die schlanke jugendliche Gestalt Werner Hylings, der Leiter der demokratischen Jugendwerbung: beschwörend alle guten Geister der Zukunft, weist er die neue Bundesfahne. Schwarz-Rot-Gold ist die Fahne der Zukunft. Unvergeßlich ein Bild: Die Gestalt des Redners am Feuer, mit weiter Geste auf die Fahne weisend mit aller Anmutjungen Blühens.

Der Rückmarsch dann: Fackeln und Fahnen und ein nächtlicher Marsch unter dem stillen Mond, der durch Gewölk wandert. In den dunklen Straßen Altenburgs ziehen die Hunderte

nur Hochstehenden, die Tausende der jungen Jugend: Nicht geht mit ihnen.

Und das sachliche Ergebnis, so unterbricht hier der politische Skeptiker? Das ist Rausch und Begeisterung einer poetischen Nachtfeier! Sowohl, aber das eben ist Jugend der neuen Zeit, daß sie nicht mit dem Verstand allein, sondern mit dem Herzen an der Gestaltung des neuen Staates, des neuen Volkes herantritt. Und deshalb eben gehören diese Offenbarungen menschlichen Glaubens zur Politik dieser Zeit, die niemals allein mit dem Verstand zu gestalten ist.

Diese Durchdringung von Glauben und Verstand von nüchterner Betrachtung der Wirklichkeit und feurigem Willen zur Umgestaltung dieser Wirklichkeit durch die Idee ist es denn auch, welche in der Versammlung des Sonntags die jungdemokratischen Redner einte: Wieners spricht problematisch über das heutige Parteiwesen und den modernen Parlamentarismus. Julie Meyer denkt pessimistisch über die moderne Kultur, Frank zukunftsgläubig von deutscher Politik mit europäischer Sendung; Mahrholz umreißt die Probleme des Menschen in der Wirtschaft und der Wirtschaft für den Menschen; Lemmer faßt die Reden zu politischer Einheitlichkeit in straffem Aufruf zur Tat zusammen.

So verschieden die Individualitäten der Redner waren, ein einheitlicher Zug ging durch alle diese Vorträge über die Probleme der Parteigestaltung, der Kultur, der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Tagesarbeit hindurch: der Wille, Realität und Idee, Wirklichkeit und Geist, sachliche Haltung und seelischen Auftrieb, Programme und Routine nicht nebeneinander stehen zu lassen, sondern zu organischer Einheit ineinander zu schmelzen. Es ist ein kühles Geschlecht mit heißem Herzen, eine wirklichkeitsnahe und doch ideengetragene Generation deutscher und politischer Menschen, das da heranrückt.

Man spürt aus der Einheitlichkeit der Reden, daß die Bewegung programmreif geworden ist. Man spürt aber auch wieder, daß die Bewegung in ihren einzelnen Gruppen jetzt tätig ist, geschlossen in die breite Linie der sozialen Arbeit, der volkspädagogischen Arbeit einzurücken. Hier wachsen neue Pflichten vor dem Einzelnen, wie vor der Gesamtheit der Bewegung auf, die begriffen und in Taten umgesetzt werden müssen.

Altenburg ist einmal eine kleine Residenz gewesen. In diesen Tagen wehten die Fahnen der großdeutschen Einheit, der europäischen Zukunft auf dem alten Schloßhof. Eine neue Jugend rüstet sich zum Eintritt in die Gestaltung von Staat und Volk. Die Demokratie hat Zukunft, denn beste deutsche Jugend ist unter ihren Fahnen.

Dr. Werner Mahrholz.

Der Redner der Verfassungsfeier

Der Bonner Universitätsprofessor Dr. Platz

Zum Redner der diesjährigen amtlichen Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstagsgebäude ist — von der Tradition der letzten Jahre abweichend — nicht ein Regierungschef eines deutschen Landes gewählt worden. Die Kommission im Reichsministerium des Innern, der die Vorbereitung der Feier anvertraut war und der Vertreter des Reiches und der Länder angehörten, hat sich auf den Bonner Universitätsprofessor Dr. Platz als Redner geeinigt. Prof. Dr. Platz gehört als Honorarprofessor der philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität an; er **liest über französische Literaturgeschichte.**

Ende des „Neuen Pester Journal"

Nach Meldungen aus Budapest hat das „Neue Pester Journal", nachdem es seit 84 Jahren ununterbrochen erschienen ist, mit dem Ende des Monats Juli sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt begründet die Einstellung mit dem Friedensvertrag von Trianon und der wirtschaftlichen Lage.

Schwere spanische und französische Verluste

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Madrid**, 3. August

In der spanischen Ostzone entspann sich ein heftiger Kampf mit einer starken marokkanischen Bande, deren hartnäckig verteidigte Stellung von den spanischen Truppen gestürmt wurde, welche 50 Mann Verluste hatte, darunter sieben Europäer. — In der Westzone wurde die angekündigte Polizeiaktion durchgeführt, wobei zwölf Mann Verluste eintraten.

In der lange belagerten französischen Stellung Ain-bu-Aischa explodierten alle Munitionsvorräte durch einen feindlichen Granatschuß, so daß die Verteidigungswerke völlig zerstört wurden und die französische Besatzung nach verschiedenen Seiten kämpfend durchbrechen mußte, wobei schwere Verluste entstanden.

e **Paris**, 3. August

Ueber die militärische Lage in Marokko wird gemeldet, daß an der gesamten Front ziemliche Ruhe herrscht. Nur in der Gegend von Asjen kam es zu einigen Kämpfen, bei denen zum ersten Male mit größtem Erfolg französische Tanks eingesetzt wurden. Wie mitgeteilt wird, mochten diese neuen Kriegsmittel auf die Rifkabylen einen außerordentlich tiefen Eindruck. Die Rifkabylen flohen sofort vor den Tanks und ließen auf dem Schlachtfelde zahlreiche Tote und Verwundete zurück. Zu geringeren Gefechten kam es in der Gegend von Karia, als die französischen Truppen versuchten, einen kleinen vorgeschobenen Posten mit Lebensmitteln und Munition zu versorgen. Dabei griffen besonders die französischen Flieger mit Erfolg ein.

Das radikale, der Regierung nahestehende Abendblatt „Paris soir" bestätigt, daß der General Primo de Rivera in Tetuan die Delegierten Abd el Krims empfangen und ihnen dort den Text der Friedensbedingungen übergereicht habe. Am Quai d'Orsay erklärt man, außer durch die Presse von diesem Schritt Abd el Krims nichts zu wissen. Im übrigen seien die Verhandlungen gegenwärtig nur zwischen Abd el Krim und Spanien eingeleitet.

Painlevé auf der Loretto-Höhe

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

e **Paris**, 2. August

Ministerpräsident Painlevé hat sich gestern früh von Paris nach Arras begeben, um auf der Höhe von Notre Dame de Loretto ein Denkmal zur Erinnerung an die Kriegsgefallenen einzuweihen. Bei dieser Gelegenheit hielt der Ministerpräsident eine Rede, in der er u. a. der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Opfer, das die Gefallenen von Notre Dame de Loretto gebracht hätten, nicht umsonst gewesen sein möge. Die Toten, so führte der Ministerpräsident aus, die unter diesem Denkmal ruhen, haben sich nicht geopfert, um den Ueberlebenden und den folgenden Generationen ein Leben der Faulheit, der Freude und des Leichtsinns zu verschaffen. Sie sind im Gegenteil für die Freiheit, für die Gerechtigkeit gestorben, sowie dafür, daß die Völker in Frieden, in der Freiheit und in der Gerechtigkeit leben könnten. Die Freiheit, so fuhr Painlevé fort, bedeute aber nicht das Recht, allen seinen Wünschen und seinen Launen freien Lauf zu lassen. Freiheit ist im Gegenteil die Fähigkeit, sich Selbstdisziplin aufzuerlegen. So grausam die Wunden auch gewesen sein mögen, die der Krieg schlug, so hart die finsteren Kräfte auch sein mögen, die unseren alten Kontinent heimsuchen, so müssen wir uns doch bemühen, der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, auch für diejenigen, die auf der anderen Seite der Feuerlinie sich töten ließen. Das Heil Europas hängt davon ab.

Der Ministerpräsident erinnerte dann daran, daß der Bischof von Arras auf das Denkmal den Satz habe setzen lassen: „Völker seid einig, Männer seid menschlich!" Es wäre in der Tat schrecklich, wenn aus diesem ungeheuren Grabe neue Messiaers heraufsteigen würden. „Das Denkmal wird nicht nur", schloß Painlevé, „über denen, die hier im Tode vereint ruhen, fromme und unvergeßliche Erinnerung halten, sondern auch in der Nacht der Zukunft ein Zeichen der Brüderlichkeit darstellen."

Neuer amerikanischer Bestechungsskandal?

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 2. August

Ein zweiter Skandal ähnlich dem Petroleumgrundenskandal von Teapot-Dome scheint bevorzustehen, nur daß diesmal beschlagnahmtes deutsches Eigentum die Unterlage dafür abgibt. Bei Ausbruch des Krieges wurden u. a. 6½ Millionen Dollar Eigentum der American Metall Company beschlagnahmt, weil die Gesellschaft angeblich teilweise der Frankfurter Metallgesellschaft gehörte. 1921 gelang es plötzlich dem deutschen Direktor Merton aus Frankfurt am Main, dem Verwalter des deutschen Eigentums Miller und dem Attorney General nachzuweisen, daß die American Metall Company gar nicht deutscher, sondern Schweizer Besitz gewesen wäre. Daraufhin wurde das Eigentum freigegeben. Jetzt haben Nachforschungen aber ergeben, daß damals freigegebene Liberty-Bons im Werte von 47 500 Dollar an den früheren Verwalter des feindlichen Vermögens Miller gelangt sind, 100 000 Liberty-Bons sind bei John King, einem Mitglied des republikanischen Nationalkomitees, gefunden worden, und ein dritter Betrag hat schließlich den Weg zu einer Washingtoner Bank gefunden. Der Attorney General Daugherty ist, wie wir hören, unterwegs um zu untersuchen, wofür diese Gelder gezahlt worden sind.

Die aufreizenden Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung ehemaligen deutschen Eigentums wurden bei Nachforschungen entdeckt, die der neue Verwalter Hicks auf Veranlassung Coolidges bei seinem Amtsantritt anstellte. Untersuchungen sind augenblicklich auch in Europa im Gange. Der frühere Verwalter Miller befindet sich zurzeit in Paris. Die Verdächtigten behaupten, die Liberty Bonds durchaus ehrlich erworben zu haben. John King gibt an, daß er 100 000 Dollar als Rechtsanwalt Mertons für eine Schweizer Firma erhalten habe, während Miller angibt, daß seine 34 000 Liberty Bonds von dem inzwischen verstorbenen Sozius Kings stammen, mit dem er private Geschäfte hatte. Der neue Verwalter teilt mit, daß 35 Sachverständige die Angelegenheit augenblicklich nachprüfen. Ihre Arbeiten dürften im Herbste beendet sein, doch wäre die Verwaltung jederzeit bereit, einem Kongreßausschuß Einsicht in die Akten zu gewähren.

Keine „Arbeiterpartei" in Amerika

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 3. August

Der Vorstand der „American Federation of Labor", des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht eine Erklärung, die sich gegen die Bestrebung richtet, eine dritte politische Partei zu schaffen. Die „Federation" müsse und wolle absolut überparteilich bleiben. Bei den politischen Wahlen könne es sich

Künstler und Kommissionen

Von

Max Osborn

Die Wanderlichkeiten, die dadurch entstehen, daß man für die künstlerischen Aufgaben aller möglichen öffentlichen Instanzen vielköpfige Kommissionen, Deputationen und Ausschüsse einsetzt, sind nun einmal zu einem Fall geworden, der durch seine tragikomische Zuspitzung allgemeines Aufsehen erregt hat und dadurch vielleicht Anlaß bietet, die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen genauer zu prüfen.

Einer der vom unguädigen Botum eines solchen Ausschusses betroffenen Künstler hat kürzlich den Ausspruch getan: „Nur glatte Sachen gehen durch Kommissionen". Sehr richtig. Diese meist aus einer Laienmajorität und einigen fachlichen Hilfskräften zusammengesetzten Körperschaften werden sich nur selten auf Kunstwerke einigen, die im Geist und in der Form keine Schwierigkeiten bereiten, dem ungeübten Auge und dem „gesunden Menschenverstand" leicht eingehen und um alles in der Welt nichts von den Eigenwilligkeiten, den Wagnissen, dem Verkanntsein an sich tragen — was nur fatalerweise dem hervorragenden Kunstwerk oft anhaftet. Sie werden im Ganzen hauptsächlich für Erzeugnisse einer künstlerischen Auffassung zu haben sein, die sich längst durchgesetzt hat und durch die Gewohnheit auch für diejenigen Kreise geheiligt ist, die sich früher vor ihr betreuzigten; denn jede Generation sieht mit den Augen der — Künstler der vorigen Generation. Auf diese Weise können gewiß mitunter auch sehr gute Werke von der betreffenden öffentlichen Stelle angekauft werden, wer wollte das leugnen. Aber auch der ganzen Struktur der Kommissionen liegt es nahe, daß einmal vor ihrem Blick Arbeiten Gnade finden, die lediglich ihre Anordnung in jene bereits geheiligten Anschauungen für sich ins Feld zu führen haben, ohne viel Eigenwerte hinzu zu führen — und daß das beratende Gremium namentlich vor allem zurückschreckt, was neu, persönlich, von der Besonderheit eines starken Künstlerwillens gestempelt ist.

So kommt es, daß für der Kunstbesitz der meisten Behörden eine laue Sammlung konventioneller Dinge darstellt, aus der, wenn das Glück gut ging, hier und dort ein Werk von Bedeutung herausragt. Man ängstigt sich davor, sich auf mutige, wegebahnerische oder auch nur aus dem Rahmen fallende und darum eben, vorderhand, als nicht „glatt" erscheinende Arbeiten einzulassen. Es ist immer dieselbe Leid.

Doch damit nicht genug. Verdrossen erleben wir es fortwährend, daß diese „Kunstpolitik" der Kommissionen, wenn man den Ausdruck gebrauchen darf, sich noch mit wahren Rattenkönigen von anderen Unzuträglichkeiten verbindet. Persönliche Neigungen und Beziehungen maßgebender Personen aus ihrer Mitgliedschaft spielen bei Ankäufen und Bestellungen eine bedenkliche Rolle. Vetternwirtschaft, Freundschaftelei, Intrigen der verschiedensten Art reichen sich die Hand zu einem schönen Reigen arglose Korruption. Gerade in der jüngsten Zeit beginnen die Beispiele sich bedrohlich zu häufen.

Was soll man dazu sagen, wenn der Kunstausschuß, einer der wichtigsten Stellen im Lande, ein Bildnis eines Künstlers von Weltruf „ablehnt", weil er, der Ausschuß nämlich, über das erschreckende Temperament des allerdings gar nicht „glatten" Werkes stolpert, und gleich darauf den Porträtauftrag einem Künstler erteilt, der — selbst ständiges Mitglied des Ausschusses ist! Was soll man dazu sagen, wenn in einem eben jetzt viel besprochenen Falle ein Künstler, der sich im Zustande einer nervösen Uebererregung befindet, zur entscheidenden gutachtlichen Aeußerung von einer Kommission gedrängt wird, obwohl im Kreise der Kommission diese bedauerliche Veränderung des Künstlers bekannt ist? Daß auf diese Weise mit dem guten Namen und dem wohlerworbenen Ansehen, ja mit der Gesundheit des betreffenden Künstlers offenbar von solchen Seiten, die sich dieses Mittels zu bestimmten Zwecken bedienen wollen, ein frevelhaftes Spiel getrieben wird? Erst der öffentliche Skandal, der jetzt entstanden ist, hat diese unerhörten Zusammenhänge durchschauen lassen. Man muß die schwersten Vorwürfe gegen diejenigen erheben, die einen Künstler von großem und berechtigten Ruf mißbraucht oder auch nur durch sündhafte Lässigkeit in eine unsagbar peinliche Lage gebracht haben.

Zweihundertjahrfeier der Russischen Akademie. Die Russische Akademie der Wissenschaften, die 1724 von Peter d. Gr. nach dem Muster der nicht lange zuvor errichteten und von Leibniz organisierten Berliner Akademie ins Leben gerufen wurde, begeht in den Tagen vom 8. bis 14. September d. J. die Feier ihres 200jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß findet, wie die hiesige Russische Botschaft mitteilt, in Petersburg (Leningrad) und Moskau unter Teilnahme der staatlichen und städtischen Sowjetbehörden eine Reihe prunkvoller Festlichkeiten statt. Im Empfänge und Festsitzungen in den Räumen der Akademie schließen sich Festbankette, Galavorstellungen in der Oper, Besichtigungen der wissenschaftlichen Anstalten und Sehenswürdigkeiten Petersburgs. Vom 11. bis 14. September werden die Feierlichkeiten mit ähnlichem Programm in Moskau fortgesetzt. Den ausländischen Teilnehmern, in erster Linie natürlich den zur Jubiläumsfeier geladenen Ehrengästen werden weitgehende Begünstigungen — Fahrpreisermäßigungen, ermäßigte Preise für Unterkunft und Verpflegung, Erleichterung der Zollrevision u. ä. — gewährt.

„Regenbogen"

Revue im Lessingtheater

Die Revue des Lessingtheaters kommt aus Kopenhagen. Warum eine Menagerie aus lebenden Bildern, Tanzszenen, Varieténummern, illustrierten Arien und Couplets, „Regenbogen" heißt, darüber wird sich Berlin so wenig den Kopf zerbrechen wie Kopenhagen. Ebensowenig über das Verhältnis der Berliner Bearbeitung zu dem Kopenhagener Original. Beiden gemeinsam ist jedenfalls die kunstbeflissene Farbenpracht der Ausstattung und die nach süßere Melodienpracht der von einem Dutzend verschiedenen Komponisten hinzugetragenen Musik. Beiden gemeinsam sind wahrscheinlich auch die unglaublichen Schwachsinnigkeiten der Dialoge und der Couplets. (Auf das Niveau der „Uhr" dürfte Herr Sitta nicht herabsteigen). Es muß einmal gesagt werden (und hier halte ich mich an die Berliner Bearbeitung): Die geistlos nackten Eindeutigkeiten, die jetzt immer wieder den peinlich betroffenen Zuschauern aufgetischt werden — der grobe Unfug, der auf dem „Ringplatz" und auf dem „Potsdamer Platz" mit dem Wort Derbheit getrieben wird, ist ekelerregend! —, sind mindestens ebenso reizlos wie das Ausstellen von entkleideten Damen, denen nicht einmal der Büstenhalter erlaubt wird. Natürlich treten in jeder dritten Szene „Tanzgirls" auf; aber bei meinem Eid! ich habe keine einzige unter diesen hölzernen Damen gesehen, die tanzen, die auf der Bühne auch nur sich bewegen konnte (man sehnt sich zurück nach der sprühenden Lebendigkeit, der künstlerischen Sauberkeit der Chocolate Kiddies). Uebrigens gab es eine einzige nette und frische, tanzt völlig harmlose Ensembleszene: das Bild „Am in die Natur"; daneben erträglich ein paar Szenen Ballett-Akrobatik.

In diesem Szenengewimmel, das ohne irgendein Recht den Namen Revue in Anspruch nimmt, tauchen von Zeit zu Zeit drei Berliner Komiker auf: Kurt Bois, Ferry Sitta und Hedda Herrenfeld; sie setzen sich gelegentlich gegen Text, Musik, Inszenierung und Girlsbeine durch, ohne daß sie freilich etwas Bemerkenswertes geben. Doch heben sie wenigstens die Routine der Berliner Kesselt und verschen sie mit einigen neuen Nuancen. Kurt Bois gibt amüsante Reminiszenzen aus den Rollen seiner letzten Jahre. Trotzdem: ohne diese drei wäre der Abend unerträglich. Aber lohnt es sich, um ihretwillen hinzugehen? Das mögen ihre Verehrer entscheiden!

A. M.

Tagung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft. In den Räumen der Universität Halle a. S. begann gestern, wie unser Sonderberichterstatter drahtet, die 47. Tagung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft, die von etwa 150 Teil-

Radfernfahrt Zürich—Berlin

Um den Garbaty-Pokal

Gay siegt vor Rörenberg. — Rösen zum zweitenmal Sieger der Amateurklasse.

Der „Garbaty-Pokal", die Trophäe, die dem Sieger des mehr als 1600 Kilometer langen, größten deutschen Straßenfahrens Zürich—Berlin zufällt, ist vergeben. Der Italiener Gay gewann ihn, wenn auch nur, sozusagen in toten Rennen mit dem Berliner Rörenberg. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn ein Kampf von solcher Dauer schließlich etwa mit einer Handbreite Vorsprung entschieden wird. Das Rennen war also das denkbar schärfste, dennoch gelang es auch in diesem Jahre wieder den Amateuren, die Zeit der Berufsfahrer um ein geringes zu übertreffen, und Rösen (Köln) konnte sogar den außerordentlichen Erfolg verbuchen, zweimal nacheinander in diesen kolossalen Bewerbe siegreich geblieben zu sein. Die Motorradfahrer kamen fast vollzählig glatt über die letzte Etappe Pößneck—Berlin.

Auf der Strecke blieb, infolge doppelten Felgenbruchs, von den Berufsfahrern der Franzose Cavalier. Hinter Machnow bestand die Kopfgruppe aus Gunot, Sivocci, Huschke, Manthey, Oliveri, P. Kohl, Gay, Passenheim und Rörenberg. Zu diesen konnten später noch Arell und Remold aufkaufen. Eine elf Mann starke Kopfgruppe erreichte über die von zahlreichen Zuschauern besetzten Straßen das Stadion, das sehr stark besucht war, und auf dem noch eine Schlußrunde zurückzulegen war. In dem packenden Endkampf behielt Huschke knapp die Oberhand vor den Italienern Oliveri und Gay sowie dem Berliner Rörenberg.

Das Rennen der Amateure gestaltete sich dadurch interessant, daß der vorjährige Sieger Rösen-Köln immer wieder versuchte, den Schweizer Blattmann abzuschütteln, der durch seinen Sieg in der ersten Etappe einen Vorsprung von sechs Minuten erlangt hatte. Rösen ließ nichts unversucht. In Zeiß kam der Berliner Schliep schwer zu Fall. Er mußte in das dortige Krankenhaus eingeliefert werden. Der Zug war durchweg so langsam, daß alle von Reifenschäden betroffenen Fahrer wiederauflaufen konnten. Leipzig wurde von einer 29 Mann starken Spitzengruppe erreicht. Vor Torgau gelang es Rösen gemeinsam mit Gläßmann und Kirschner, knapp vor einem die Straße kreuzenden Eisenbahnzug über die Gleise zu gelangen. Das Feld mußte den Zug passieren lassen. Hierdurch gewannen die drei Ausreißer einen beträchtlichen Vorsprung, vermochten ihn aber nicht zu halten. Als 15 Kilometer vor dem Ziel der Schweizer Blattmann einen Reifenschaden erlitt, war das für Rösen das Signal, erneut vorzustoßen. Ständig führend, vergrößerte der Kölner seinen Vorsprung und erreichte sein Vorhaben, dem Schweizer den in der ersten Etappe gewonnenen Vorsprung abzunehmen. Rösen gab sich hierbei aber dermaßen aus, daß er im Endkampf auf der Stadionbahn seinen Begleitern nichts mehr entgegensetzen konnte. Den Etappensieg errang überraschenderweise der die halbe Strecke mit angebrochenem Rahmen gefahrene Italiener Pizzarelli vor Glaesmann, Keßmeier, Günther und Max Kohl.

Im Gesamtergebnis erhielt bei den Berufsfahrern Gay den Sieg, der zwar die gleiche Zeit wie Rörenberg erzielt hatte, aber vor dem Berliner durchs Ziel gegangen war. Bei den Amateuren ist, wie erwähnt, der vorjährige Sieger Rösen auch diesmal Sieger im Endklassement.

Die Motorrad-Ergebnisse

Nur zwei Motorradfahrer sind am letzten Tag auf der Strecke geblieben, und zwar Link aus Berlin, der Grund seines Ausscheidens ist unbekannt. Schlimmer ist es mit Wittmann bestellt, der mit A. J. als erster in Pößneck eintraf. Er stürzte kurz nach Pößneck und wurde mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert. In der kleinsten Klasse siegte Thevis, der eine ruhige und gleichmäßige Fahrweise zeigte. In Klasse 2, bis 175 ccm, siegte wohlverdient Wittig. Winkler wurde in der 350-ccm-Klasse Sieger. W. Weichelt entschied dieses verkappte Rennen — sämtliche Zwischenprüfungsfahrten — in der 500er Klasse, und Herald siegte, wie zu erwarten, und auch Lanzendorfer kam glatt über die Strecke. — Nachstehend die genauen Resultate:

3. Etappe Pößneck Berlin (321,3 Kilometer):

Berufsfahrer: 1. Huschke 11:16:13. 2. Oliveri. 3. Gay. 4. Rörenberg. 5. Paul Kohl.

Amateure: 1. Pizzarelli 11:09:22. 2. Glaesmann. 3. Keßmeier. 4. Günther-Berlin. 5. Max Kohl-Berlin.

Gesamtergebnis Zürich—Berlin (1040 Kilometer):

Berufsfahrer: 1. Gay 36:40:25. 2. Rörenberg 36:40:25,2. 3. Remold 36:40:29,4. 4. Paul Kohl 36:40:36. 5. Oliveri 36:40:52. 6. Arell 36:41:10.

Amateure: 1. Rösen-Köln 36:56:00. 2. Max Kohl 36:43:21. 3. Müller-Frankfurt a. M. 36:46:14. 4. Blattmann-Schweiz 36:50:10. 5. Marinetto-Italien 36:56:41.

Maschinen bis 125 ccm: 1. Thevis (Stock) 0 Strafpunkte. 2. Bienhold (Stock) 1 Str.-P. 3. Schlein (Stock) 5 Str.-P. 4. Hanni Köhler (Stock). — Bis 175 ccm: 1. Wittig (Z.K.) 0 Str.-P. 2. Nuß (Z.K.B.) 0 Str.-P. 3. Reichel (Eichler) 0 Str.-P. 4. Wohrenbold (Eichler) 2 Str.-P. — Bis 350 ccm: 1. Winkler (Z.K.) 0 Str.-P. 2. Krüger (Adler-Sport) 108 Str.-P. — Bis 500 ccm: 1. Z. Weichelt (Kuhse) 0 Str.-P. 2. Brzoskiff (D.-Rad) 0 Str.-P. 3. Montagner (Horex) 0 Str.-P. 4. Tennstedt (Z. Rad) 0 Str.-P. 5. Tebemial (D.-Rad) 0 Str.-P. — Bis 750 ccm: 1. Herald (Wanderer) 0 Str.-P. 2. Vogel (Wanderer) 0 Str.-P. — Mit Seitenwagen: 1. Lanzendorfer (Ilz Ajmo) 0 Strafpunkte.

Die entfesselte Straße

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

kl **Wien**, 3. August

Die Ausschreitungen, die sich an das feierliche Leichenbegängnis des Wiener Altbürgermeisters Neumann anschlossen, und die, wie bereits in der gestrigen Ausgabe der „Vossischen Zeitung" gemeldet wurde, ihren tragischen Abschluß in der Tötung eines unbeteiligten Zuschauers fanden, haben in Wien eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Sämtliche Blätter widmen dem Ereignis Leitartikel. Durchweg wird festgestellt, daß die Absperrungsmaßnahmen der Polizei völlig unzulänglich waren. Nur die Schwäche der ausgerückten Mannschaften hat es ermöglicht, daß zahlreiche Wechselte und Mitglieder der Reichswehr von der aufgeregten Menge verprügelt und entwaffnet werden konnten.

Nach Ermittlungen, die die ganze Nacht andauerten, ist es der Polizei gelungen, den Messerstecher aus dem Verkehr zu ziehen. Es ist ein stadtbekannter Trunkenbold namens Franz Seidl, der bereits öfter mit der Polizei zu tun hatte. Der Verhaftete gestand, daß er die Tat, ohne zu wissen, um was es sich überhaupt handelte, aus purer Lust am Messerstechen verübt hätte. Bei dem Zusammenstoß am Praterstern war er überhaupt nicht zugegen gewesen. Er saß in einem kleinen Gasthaus, stürzte, als er den Lärm hörte, auf die Straße und stieß sich, ohne zu wissen, wer verfolgt wurde, an die Spitze der Verfolger. Er behauptet, von den drei Messerstichen nur zwei geführt zu haben, so daß noch ein weiterer Täter in Frage kommt, nach dem die Polizei fest fahndet. Bei der Tat waren das Studentenmädchen des Hotels „Dresden" und ein Wachtmann anwesend, die, von der Menge mißhandelt, den Mord hilflos mit ansehen mußten.

Mohapl ist das Opfer einer Kette von Mißverständnissen. Er hatte sich mit seinem Freunde ganz zufällig beim Tegetthoff-Denkmal aufgehalten und über den Eifer einer Frau gelächelt, die ihren Mann immer wieder zurückzuziehen versuchte. Dieses Lächeln machte die Menge auf ihn aufmerksam. Ein buckliger Mann soll dem langsamfgeschossenen Mohapl als erster einen Schlag versetzt haben, worauf dieser die Flucht ergriff. Sein Verhängnis wurde sein Gürtel mit dem Turnerabzeichen, den vier I. Die Menge hielt ihn für einen Hakenkreuzler, und jetzt gab es kein Halten mehr.

Der „Frontbann" als ungeladener Gast

Sonderbericht für die „Vossische Zeitung"

h **Brandenburg**, 2. August

Gestern und heute wurde hier ein gemeinsamer Gedenktag aller früher in Brandenburg in Garnison stehender Regimenter gefeiert. Die Linksparteien und das Reichsbanner übten größte Zurückhaltung, und das Fest hätte einen ungetrübten Verlauf genommen, wenn sich nicht am Sonntag morgen ungeladene Gäste eingestellt hätten. Auf 12 Lastautos trafen etwa 600 Angehörige des national-sozialistisch eingestellten Frontbannes aus Potsdam, Spandau und Berlin ein, die sich dem bereits in Marsch befindlichen Festzug anschlossen.

Nach Beendigung des Festzuges, bei dem die Frontbannerleute bereits mehrfach aus der Marschkolonne gesprungen waren und auf Zuschauer, die durch Zurufe ihre Abneigung gegen die Hakenkreuzorganisation zum Ausdruck brachten, eingeschlagen hatten, kam es zu ernsteren Zusammenstößen vor dem Lokal der Sozialdemokratischen Partei, dem Volkshaus. Obwohl dieser groß über dem Eingang stehende Namen den Hakenkreuzlern den Charakter des Lokals anzeigen mußte, gingen einige Frontbannerleute hinein und verlangten Bier. Der Wirt verweigerte ihnen dies erklärlicherweise in seinem Lokal. Darauf zerschlugen die Helden einige Stühle und Gläser, schugen den Sohn des Oekonomen blutig und drohten, das ganze Lokal zu verwüsten. Die anwesenden Gäste sperrten darauf den Eingang, während sich drinnen eine Prügelei entwickelte, bei der Knotenstöcke, Blumenstöpe und Mosaikplatten eine große Rolle spielten.

Auch in das gegenüberliegende Gebäude des Konsumvereins drangen die Hakenkreuzler ein und schlugen dort sogar ein Mädchen blutig. Das eiligst herbeigerufene Ueberfallkommando räumte die Straße mit Gummiknütteln und der blanken Waffe. Es gab bei der Schlägerei und dem polizeilichen Eingreifen eine ganze Reihe blutiger Köpfe. Zwei Verwundete mußten im Krankenhaus verbunden werden, die Mehrzahl wurde von ihren Gesinnungsgenossen mitgenommen. Gleichzeitig häuften sich Fälle von Provokationen durch Hakenkreuzler in der Altstadt, so daß die Polizei mit Karabinern ausrückte und den Frontbann veranlaßte, sich zu sammeln und die Stadt wieder mit ihren Autos zu verlassen. Die Bürgerschaft verurteilt das üble Treiben des Frontbanns, der in der Stadt selbst wohl kaum 20 Anhänger hat, ebenso scharf, wie die festgebenden Vereine das unerhörte Auftreten der ungebetenen Gäste bedauern. Durch die Brandenburger Polizeibehörden ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Zusammenstöße ausschließlich durch die Provokationen der Berliner Frontbannleute hervorgerufen wurden, nach deren erzwungenem Abmarsch das Fest völlig ungestört verlief.

Vier Verletzte bei einem Straßenbahnzusammenstoß. An der Ecke der Soldiner Straße und Pritzwalker ereignete sich heute nacht gegen 1¼ Uhr ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Autodroschke. Vier Personen wurden verletzt. Der Autobesitzer Paul Charles aus der Provinzstraße 10 trug Kopfwunden davon, der Arbeiter Fritz Heinmann aus der Kolonistraße 121 Armverletzungen, der Arbeiter Paul Hartung aus der Kösliner Straße 9 Kreuzungsverletzungen und die Ehefrau Elise Weber aus der Appenzeller Straße 59 in Reinickendorf Stirnwunden und Quetschungen. Nach Anlegung von Notverbänden in der Rettungsstelle in der Badstraße konnten die Verletzten in ihre Wohnungen entlassen werden. Das Auto ist vollständig zertrümmert worden. — In der vergangenen Nacht gegen ½3 Uhr fuhr in der Annenstraße eine Kraftdroschke mit einem Handwagen der Frau Auguste Grumach, die in der Waldemarstraße 45 wohnt, zusammen. Frau Grumach wurde lebensgefährlich verletzt und in das Krankenhaus gebracht. Die Schuld trifft nach Zeugenaussagen den Chauffeur, der geschlafen hatte. — Gestern nachmittag gegen 7 Uhr wurde der Wertzeugmacher Johann Wecke aus der Mindenstraße 29 von einem Autolieferwagen der Firma Stein 187 in der Edisonstraße erfaßt und dreißig Meter mitgeschleift. Man brachte den Schwerverletzten in das Elisabeth-Krankenhaus.

Schwerer Unfall eines Reichswehr-Autos

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

k **Kolberg**, 2. August

Auf der Chaussee zwischen Kolberg und Plathe verunglückte ein Kraftwagen der dritten Kompagnie der 2. preußischen Kraftfahrerabteilung in Kolberg. Der unter der Leitung des Feldwebels Tuchling den Wagen besitzende Fahrschüler, Leutnant Meyner, wollte zehn Kilometer vor Plathe ein Gespann überholen, das im letzten Augenblick falsch ausbog und vor den Kraftwagen geriet.

Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, griff der Feldwebel in die Steuerung und riß den Wagen herum. Dieser raste gegen einen Prellstein und überschlug sich. Der Feldwebel wurde getötet; der Unteroffizier kam mit dem Schrecken davon.

Der Tod in den Bergen. Aus Schruns in Montafon (Vorarlberg) wird uns gedrahtet: Am 30. v. M. unternahm der in Rüenberg wohnhafte Regierungsbaurat Max Beißler allein von Schruns aus in das Fermuntial eine Bergtour. Er beabsichtigte das Hohe Rad und den Piz Buin zu besteigen und längstens am 23. Juli wieder nach Schruns zurückzukehren, traf aber bis zu diesem Zeitpunkt in Schruns nicht ein. Zuletzt wurde er am 20. Juli gegen 7 Uhr abends auf dem Wege Höll—Madlenerhaus von drei Touristen gesehen. Am 27. und 28. v. M. gingen Rettungspatrouillen unter Führung des Inspektors Heißmann und Zollwacht-Oberrevisor Wolcher aus Gaschurn ab, die ohne eine Spur von dem Vermißten gefunden zu haben, zurückkehrten. — Im westlichen Teil des Wilden Kaisers, bei einem schwierigen Aufstieg zum Totenkirchl, ereignete sich infolge Seilbruchs ein schwerer Unfall, bei dem der allgemein bekannte und beliebte 40 Jahre alte Bergführer Hans Fiechtl tödlich abstürzte.

Schluß des Schachmeister-Turniers in Breslau. Beim Meisterturnier des Deutschen Schachbundes wurde Bogoljubow erster Preisträger mit 9½ Zählern. Zweiter Nimzowitsch 7½; den dritten und vierten Preis teilen Rubinstein und Wagner mit 7, den fünften und sechsten Becker, Reti und Grünfeld mit 6. Dann folgen: Sämisch 5, Gottschall 4, Tarrasch 3½, Wilimsch 3, Mortz 1½.

Der unterspülte Fahrdamm. Durch den gestrigen starken Regen ist der Fahrdamm der Königin-Augusta-Straße von der Potsdamer Brücke bis zur Von-der-Heydt-Brücke unterspült worden, so daß die Straße für den Omnibusverkehr gesperrt werden mußte.

Dachstuhlbrand in Neukölln. Gestern nachmittag gegen ½6 Uhr brach in dem Eckhause Allerstraße 35-36 ein großer Dachstuhlbrand aus. Als die Feuerwehr mit vier Löschzügen anrückte, stand das Dachgebälk bereits in Flammen. Es bestand die Gefahr, daß das Feuer auf benachbarte Dächer übergriff. Nach anderthalbstündiger Arbeit gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Brandmeister Carls und der Feuerwehrmann Schmidt von der Neuköllner Wache trugen bei den Löscharbeiten Rauchvergiftung davon und mußten in ihre Wohnungen gebracht werden. Der Dachstuhl ist völlig niedergebrannt, die im vierten Stockwerk gelegenen Wohnungen haben durch Wasserschaden schwer gelitten. Der Schaden ist sehr erheblich, ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Gestern vormittag geriet die Laube des Arbeiters Wilhelm Spick in der Florastraße 6 in Mahlsdorf in Brand. Die Kleider der 21jährigen Tochter Elli fingen Feuer, und das Mädchen trug so schwere Brandverletzungen davon, daß sie in das Hubertus-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Demokratische Verfassungskundgebung in Spandau

Die Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Spandau, veranstaltet am Verfassungstage, Dienstag, dem 11. August, 8 Uhr abends, in der Markthalle, Pichelsdorfer Straße 87, eine große öffentliche Kundgebung für Demokratie und Republik. Die Feier wird eingeleitet durch das Vorspiel aus den „Meistersingern" und die Ouvertüre zu Goethes „Egmont". Die Festrede hält der Parteivorsitzende Reichsminister a. D. Erich Koch. Alle Republikaner sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Keine Feier im Staatstheater

Die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geplante Feier im Staatstheater fällt, nachdem die Preußische Regierung am Abend des 11. August in der Hochschule für Musik eine gleiche Feier anberaumt hat, aus.

Zu der am Sonntag, dem 9. August, in Berlin stattfindenden Verfassungsfeier des Reichsbanners werden die beiden Anmarschstraßen zum Treptower Park von den Eisenbahnunterführungen aus in den schwarzrotgoldenen Farben geschmückt werden. Auf der Spielwiese selbst wird ein 16 Meter hohes und 8 Meter breites schwarzrotgoldenes Banner errichtet. Lautsprecher sind aufgestellt, um den Redner, Oberpräsidenten Hörsing, den Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, die zum letzten Platz verständlich zu machen. 2000 Sänger, ein Sprechchor von 500 Mitgliedern und die gesamten Musikkapellen aus den Festzügen in Stärke von über 1000 Mann werden durch ihre Beiträge die Feier umrahmen. Die Feier beginnt pünktlich um 2 Uhr und soll ungefähr eine Stunde dauern. Im Anschluß an diese Feier begeben sich die Festteilnehmer in die Lokale in Treptow, die sämtlich für den Tag zur Verfassungsfeier bereitgehalten sind.

Anläßlich der Verfassungsfeiern wurde von Republikanern wiederholt angefragt, unter welchen Bedingungen ein Girlandenschmuck über die Straße gestattet sei. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat sich deshalb mit dem Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt und teilt die Bedingungen mit, unter denen Girlanden quer über die Straßen gespannt werden dürfen. „Girlanden müssen mindestens zehn Meter oberhalb der Straßendoersläche gespannt sein. Die dürfen in Straßen mit Straßenbahnen nicht angebracht werden. Selbstverständlich ist, daß nur Material verwendet werden darf, das bei Lösung der Befestigung das Publikum nicht gefährdet.

Der Reichskanzler an Bischof Keppler. Anläßlich des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des Bischofs von Rothenburg, Dr. v. Keppler, hat Reichskanzler Luther dem 73jährigen Jubilar ein herzliches Glückwunschtelegramm geschickt. Bischof v. Keppler, ein Nachkomme des großen Astronomen, hat sich auch verschiedentlich schriftstellerisch betätigt. Sein auch über katholische Kreise hinaus gelesenes Werk ist wohl das 1900 erschienene Buch „Wege Freude", ein Buch innerer und äußerer Lebensbejahung.

Ein geheimnisvoller Mord. Sonntag früh wurde, wie der „Vossischen Zeitung" gedrahtet wird, der in Apolda wohnende Handlungsgehilfe Buschmann, ein Mann von 26 Jahren, der mit der Tochter eines Apoldaer Fabrikanten verlobt war, auf dem Bürgersteig einer Straße von Bad Sulza tot mit einem Kopfschuß aufgefunden. In der rechten Hand hielt der tote einen Schlüsselring, während die Linke, die Rauchspuren aufwies, einen Trommelrevolver umklammerte. Nach der ganzen Situation muß der Tötung Buschmanns ein Kampf vorausgegangen sein. Von seinen Kleidern waren die Knöpfe zum Teil abgerissen und lagen in weiterer Umkreise zerstreut umher. In einem Abstand von fünf Metern von der Leiche fand man den Mützenschirm des Toten mit folgender Eintragung: „Liebe Eltern, wenn ich nicht zurückkomme, findet Ihr mich in der Fremdenlegion." Die Untersuchung hat vorläufig ergeben, daß Buschmann am Sonnabend in einem Lokal von Bad Sulza eingekehrt, dort mit einigen Studenten der

Technik in einem Streik genutzt war und schließlich nichts nach 1 Uhr die Postwertzeichenverkaufsstelle hatte, um den Personenzug Berlin—Frankfurt-Main zur Rückfahrt nach Apolda zu benutzen. Etwa eine Stunde später haben Ortseinwohner einen Schutz gehört.

Tagung der Obst- und Gemüsepächter

Bericht für die „Vossische Zeitung"

b **Düsseldorf**, 3. August

Gestern tagte in Düsseldorf der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues. Mehrere tausend deutscher Obst- und Gemüsepächter und viele Vertreter von Behörden waren erschienen. Der Vorsitzende Schetelig, der die Beratungen eröffnete, bezeichnete als ihren Zweck die Festlegung organisatorischer Maßnahmen zum Ausbau der Selbsthilfe und Besprechungen technischer und wirtschaftlicher Aufgaben. Die Stellungnahme der Reichsregierung zum Schutze des deutschen Gartenbaues gab der Vertreter des Ernährungsministeriums, Regierungsrat Rieder, wieder. Er sagte, bei allen Handelsvertragsverhandlungen spielten die Gartenbauerzeugnisse eine besondere Rolle. Ihre Einfuhr sei seit der Stabilisierung von Monat zu Monat gestiegen. Durch die vom handelspolitischen Ausschuß des Reichstags angenommenen Zollsätze für Gemüse und Obst, die den Vorschlägen der Reichsregierung entsprechen, könne dem deutschen Gartenbau ein besserer Zollschutz als bisher gewährt werden. Andererseits müsse aber auch die deutsche Erzeugung gesteigert und die Absatzverhältnisse verbessert werden, denn der Zollschutz allein genüge nicht. Das Ernährungsministerium beabsichtigt, die Umsatzsteuerfreiheit, die bei der Einfuhr von Gemüse und Obst für den ersten Umsatz besteht, fortfallen zu lassen. Es würde ferner eine Herabsetzung der Eisenbahnfrachten treffen, und es sei Aussicht vorhanden, daß die Reichseisenbahn Entgegenkommen zeige. Ferner sollen in den Reichshaushalt größere Mittel zur Förderung des Gartenbaues eingestellt werden.

Nach verschiedenen Begrüßungsreden hielt Direktor Fachmann-Berlin das erste Referat, das vornehmlich wirtschaftspolitischen Betrachtungen gewidmet war. Gartenbauinspektor Löhner-Bonn sprach über Versuchswesen im Gartenbau, und der Vorsitzende des Rheinischen Provinzialverbandes der Obst- und Gemüsepächter, Tenhaeff, über den rheinischen Obst- und Gemüsebau.

Postwertzeichen-Ausstellung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Hamburg**, 3. August

Im Zusammenhang mit dem 31. deutschen Philatelistentag wurde in Hamburg die Postwertzeichen-Ausstellung eröffnet. In der Eröffnungsansprache führte der erste Redner, Hugo Hartmann, u. a. aus, daß aus dem ganzen Deutschen Reich wertvolle Objekte eingesandt worden seien. Von Sammlern deutscher Vereine aus Holland, der Schweiz seien prächtige Sätze eingetroffen. Die Philatelie, das Sammelgebiet der kleinen Kulturund Zeitdokumente, der Postwertzeichen, habe heute auf dem Erdball verteilt eine Million Anhänger. In einigen Ländern ist man bereits zu der Ansicht gekommen, daß man in den Schulen dem Briefmarkensammeln der Schüler fördernd gegenüberstehen soll. Dann sprach der Redner dem Senat für die Stiftung des ersten Ehrenpreises seinen Dank aus.

Bürgermeister Dr. Karl Petersen, unter dessen Protektorat die Ausstellung steht, antwortete, daß es sich von selbst verstehe, daß gerade Hamburg immer für die Philatelie besonderes Verständnis besitze; Hamburg mit seinen vielen Ueberseebeziehungen, Hamburg, die Stadt der Arbeit, in der die zutage beförderliche Sammlertätigkeit von jeher gerade von Männern geschätzt wurde, die nach anstrengender Berufstätigkeit Anregung und Ablenkung suchten. Die vom Senat gestiftete große goldene Medaille möge demjenigen Sammler, der nach Entscheidung des Preisrichterkollegiums die beste Sammlung der altdeutschen Staaten zur Ausstellung bringt, zugedacht sein.

Auf die Eröffnungsfeierlichkeiten folgte ein Rundgang durch die Ausstellung. Ein eigenes Postamt vermittelt den Postverkehr der Ausstellungsbesucher, wobei die eingelieferten Gegenstände mit einem besonderen Stempelaufdruck versehen werden.

Einigung im Saarbergbau. Die Revierkonferenzen im Saargebiet nahmen laut Meldungen, wie der „B. Z." gedruckt wird, nach langer Debatte die Vorschläge des französischen Arbeitsministeriums an, wonach sich die Lohnerhöhung auf über 7 v. H. beläuft statt 8—9 v. H., welche die Grubendirektion angeboten hatte. Vorläufig ist der Saarstreik damit beendigt.

Ein Mazedonischer Abend. Der Mazedonische Studenten-Verein veranstaltete im Schiller-Theater-Saal einen Mazedonischen Abend, an dem Professor Dr. Kaßner in einem Lichtbilder-Vortrag über die große Geschichte Mazedoniens in alter und neuer Zeit sprach. Von künstlerischen Darbietungen des Abends bildeten die Gesangsdarbietungen des bulgarischen Kammersängers A. Kraeff und seiner Frau, der bulgarischen Hofopernsängerin M. Kroeff, die im Troubadour-Duett, Zauberflöte-Duett und in bulgarischen Nationalliedern gezeigt haben, daß auf dem Balkan offenbar noch bedeutende Stimmphänomene verborgen sind, die Europa kennen lernen muß. Wir erinnern uns, Herrn Alexander Kraeff vor zirka sieben Jahren in der Staatsoper in Rigoletto und Carmen gehört zu haben. Seit jener Zeit ist aber seine Stimme an Wohlklang und edler Ausbildung gewachsen, so daß er heute zu den unübertroffenen internationalen Meistern des Gesangs gehört.

Sommerfest der Rundfunkteilnehmer im Lunapark. Schon am frühen Nachmittag drängte sich eine ungeheure Menschenmenge im Lunapark. Gleich am Eingang war eine große Tombola aufgebaut, bei der man alles, vom großen Radio-Aparat mit Lautsprecher bis zum kleinsten Erfrischeli, gewinnen konnte. So gab es denn auch lange Schlangen vor den Verkaufsständen der Lose. Das phillharmonische Blasorchester spielte, und die recht guten Darbietungen wurden von Gesangsvorträgen einzelner Künstler unterbrochen. — Abends gab es wie gewöhnlich ein großes Feuerwerk, ein Kabarett war unter der Leitung von Alfred Braun eröffnet worden, und auf der Parkwiese tanzte Erna Offeney mit ihrem Ballet. — Die größte Sehenswürdigkeit war sicherlich eine Sende- und Empfangsstation, wo sich die Besucher wie durch ein Telephon miteinander unterhalten konnten.

Typhus in Ribbeck. Innerhalb zwei Wochen sind die beiden Söhne eines Arbeiters aus Ribbeck (Osthavelland) an Typhus erkrankt. Der ältere stand in Arbeit bei einem Landwirt. Die Eltern nahmen den Jungen, als er erkrankt war, zu sich, und später erst wurde auch der jüngere Bruder angesteckt. Es ist von der Gemeinde bisher nur eine einfache Desinfektion der Wohnung vorgenommen worden.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Nach vorübergehender Abkühlung neue Regenfälle.

Weiterhin unbeständig. In Nord- und Mitteldeutschland zeitweise Regen. Im Süden meist trocken.

Strausberger Rekordrennen

Der Beginn der Jubiläumswoche

Der Strausberger Rennverein feiert sein 25jähriges Bestehen schlicht mit einem dreitägigen Jubiläumsmeeting. Der Auftakt fiel über Erwarten erfolgreich aus, denn die kleine Waldbahn auf dem Quast hat wohl niemals stärkeren Besuch erlebt, und die Ställe zeigten sich einschlig genug, dem in finanzieller Not befindlichen Verein durch Aufbietung aller Kräfte beizuspringen. Fast hundert Pferde erschienen am Start, so daß zwei Prüfungen geteilt werden mußten. Trotz alledem wickelte sich das aus neun Nummern bestehende Programm mit denkbarster Pünktlichkeit ab.

Bei den starken Feldern waren überraschende Resultate naturgemäß an der Tagesordnung, und die am Vortage im Grunewald begonnene Außenseiterserie fand ihre Fortsetzung. Gleich den einleitenden Preis von Stuigarten, ein Jagdrennen für dreijährige Debütanten, gewann Bakkuß, der noch nie an der Oeffentlichkeit erschienen war. Im Preis von Rüdersdorf steuerte Otto Schmidt, nachdem er schon zuvor mit Pescara gewonnen hatte, den ewigen Verlierer Quo vadis zum Siege. Den Vogel schoß jedoch Redes Trumpf ab, der das Anfänger-Hürdenrennen in strömendem Regen nach Hause brachte und seinen Anhängern die saftige Quote von 329 : 10 eintrug.

Karlshorst

Dienstag, 4. August, 3 Uhr

1. Duchesse — Rosilde.
2. Humor — Kurfürst.
3. Herbstturm — Sankt Thomas.
4. Messina — Esso.
5. Elschen — Labrador.
6. Prinz Christian—Doktor Mahufe.
7. Rosenkelch — Stummer Teufel.

Verregneter Sonntag

Nein, diesmal war es wirklich ein wenig zuviel des Guten! Hatten wir zu sehr über die grausame Hitze geschimpft? Oder wollte der Verwalter der himmlischen Wasserwerke der Charlottenburger Konkurrenz einmal zeigen, was ein gut funktionierender Betrieb ist?

Der Berliner jedenfalls, der gestern mit gewohnter Gründlichkeit die Stadt geräumt und die umliegenden Wälder und Gewässer besetzt hatte, war trotz seiner angeborenen Skepsis von dem Plötzregen, der am Nachmittag herniederbrach, durchaus überrascht.

Man versuchte zunächst, die Angelegenheit auf dem Verhandlungswege beizulegen, scherzte oder fluchte je nach Temperament und demonstrierte durch erheuchelte Gleichgültigkeit, herausfordernde Kaffee- und Kuchenorgien im Freien, daß man keineswegs gesonnen sei, das Feld zu räumen. Das wirkte auch eine ganze Weile. Siegreich blieben die Gartenkapellen, die Ruderer krochen aus ihren Wigwams und sprangen in die tüngelnden Boote..

Als sie genügend weit vom Ufer entfernt waren, — ging es los. Es hatte sich nur ein wenig „verpustet", und das dockige Menschengewimmel, das auf seinen Sonntagsspielchen bestand, erstaunt eine Weile von oben betrachtet. Dann entschieden den Kopf geschüttelt, — und jetzt war aber auch endgültig Schluß. Der rettende Zuhafen ist nur in Etappen zu erreichen. Ein triefender Trupp stürmt die geschützte Veranda eines Gartenrestaurants. Aber diese Wilden rechnen nicht mit dem Pflichtbewußtsein des amtierenden Obers. „Nehmen Sie Tische ein, meine Herrschaften, wir sind kein Obdach, wir sind ein Restaurant!" Wir wünschen dem Menschenfreund gute Geschäfte und eilen weiter. Auf dem Bahnhof Bilder des Jammers, man sieht am besten gar nicht hin. Berlin hat eine Schlacht verloren. Im Zuge dann, die Dämmerung so früh, ja August schon, wahrhaftig. An den Scheiben plärrt es entlang, draußen Gott sei Dank. „So regnet es sich langsam ein," sagte der milde Flaschlchen. Er hat dem Beobachtung wahrscheinlich durch die Fensterscheibe hindurch gemacht. Wäre er gestern mit draußen gewesen, wetten, daß er sich anders, kürzer und — saftiger ausgedrückt hätte?

Die Lebensmüden. Die Gattin des Generalvertreters der Agenzia Americana Günther von Falkenried, Frau Julie von Falkenried, wurde gestern in ihrer Wohnung, Ludwigkirchplatz 11a, in schlafendem Zustande erschossen, tot aufgefunden. Sie hat die Tat in einem Anfall von Schwermut verübt. — Der 41 Jahre alte Magistratsbote Emil Fenker aus der Hohrechtstraße 22 in Neukölln vergiftete sich in einem Lokal in der Lynarstraße mit Zyankali. Er war sofort tot. — Der 35 Jahre alte, steigaltvalide Bankbeamte Gerhard Clemens aus der Wittenbergstraße 29 erschoß sich gestern in einem Hotel am Anhalter Bahnhof. — Der 60 Jahre alte Drechslermeister Ahrbeck wurde gestern vormittag in seiner Wohnung, Gitschiner Straße 90, erhängt aufgefunden. — Der Kürschner Gustav Drosten erhängte sich an der Türklinke seiner Wohnung in der Neuen Königstraße 24, nachdem er zuvor die Polizei von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt hatte. — Der Maler Adolf Schröder vergiftete sich in der Buchstraße 28 mit Leuchtgas. — An der Ecke der Westerlandund Binetastraße in Pankow erschoß sich in der Nacht zum Sonntag der Kaufmann Bernhard Schulz aus der Schroeder Straße aus Liebeskummer. — Der 18jährige Kondition Jänsch aus Charlottenburg, Neues Ufer 10, wurde gestern abend in der Wohnung seiner Eltern tot aufgefunden.

Eröffnung der Gewerbeschau in Trier. Gestern wurde, wie der „Vossischen Zeitung" gedrahtet wird, die Gewerbeschau Trier 1925 eröffnet, die ein Bild des in der äußersten Südwestecke des besetzten Gebietes schwerleidenden gewerblichen Lebens geben soll. Besonders beachtenswert ist die rege Beteiligung aus dem Saargebiet, aus dem sich die dortige künstlerische Vereinigung Saarbrücker Künstler ausstellt. Auch die Gold- und Edelsteinindustrie von Oberstein-Idar zeigt ihre in alle Welt gehenden Erzeugnisse.

Empfang beim Präsidenten des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses. Zu Ehren des auf der Durchreise nach Stockholm in Berlin weilenden Generalsekretärs des amerikanischen Kirchenbundes (federal Council) D. Mac Farland, der jetzt Vorsitzender des Weltkirchenausschusses ist, fand bei Präsidenten des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses, D. Kapler, ein Empfang statt, zu dem die Berliner Mitglieder der deutschen Delegation für Stockholm, Vertreter der kirchlichen und staatlichen Behörden, das Parlaments und der theologischen Fakultät der großen evangelischen Arbeitsverbände geladen waren. Präsident D. Kapler begrüßte namens des deutsch-evangelischen Kirchenbundes die amerikanischen Gäste. Er wies auf die Erwartungen und Stimmungen hin, die in Deutschland gegenüber der Stockholmer Weltkonferenz lebendig seien. Nicht um eine Uniformierung der Kirchen handle es sich in Stockholm, sondern darum, die verschiedenen Nationen und Kirchen in ihrer Mannigfaltigkeit zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Präsident D. Spiecker sprach für den Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Nach ihm ergriff D. Mac Farland selbst zu längeren Ausführungen über die Beziehungen der amerikanischen und deutschen Kirchen das Wort. Ein besonders herzliches Begrüßungswort richtete Präsident D. Kapler an die Versammlung. Sodann hielt D. Mac Farland in der neuen Aula der Universität einen auf besuchten öffentlichen Vortrag über die Beziehungen der nordamerikanischen Kirchen zu den Kirchen Europas, insbesondere Deutschlands. Eine weltweite Einheit des Dienstes auszubilden sei das Ziel der großen Stockholmer Weltkonferenz, an deren Vorabend wir stehen. „Je näher die Kirchen Christus kommen, um so näher kommen sie einander." In dieses Bekenntniswort religiöser Ergriffenheit ließ der Redner, zuletzt zu deutschen Sprache übergehend, seine bedeutsamen Darlegungen ausklingen.

Der Bankstreik in Frankreich

Die Streikbewegung im Pariser Bankgewerbe greift weiter um sich, und man nimmt an, daß sie sich auch auf die Provinz in starken Maße ausdehnen wird. In St. Etienne und Toulouse ist ebenfalls der Streik der Bankbeamten beschlossen worden. In Perpignan, Toulouse, Lorient, Angers, Lille und St. Malo haben sich die Bankbeamten bereit erklärt, sich ebenfalls dem Ausstand anzuschließen. Ueber den Gesamtkomplex der Streikpunkte schreibt unser Pariser Berichterstatter:

Im Februar dieses Jahres legte das Syndikat der Bank- und Börsenangestellten der Bankreinigung von Paris eine Denkschrift vor, die ein Mindestgrundgehalt von 6000 Franken und eine bewegliche Zulage forderte, und zwar 18 Franken monatlich für jeden Punkt des Lebensindexes über der Ziffer 333. Es wurden Verhandlungen gepflogen, und einzelne Banken machten Konzessionen; im allgemeinen aber änderte sich an der unhaltbaren Lage der Angestellten nicht das Geringste. Auch dieser Zeit angesichts der Lage in Paris, und in der Provinz schlimm bald hier, bald dort die Flammen empor: so besonders in Marseille, wo seit März der Bankstreik mit unverminderter Heftigkeit andauert.

Die Bankangestellten gehören heute zu den schlechtestbezahlten Privatbeamten Frankreichs. Das Anfangsgehalt beträgt 450 Franken ohne jegliche Zulage; ein verheirateter Beamter mit Frau und Kind erhält monatlich 580 Franken. Die Forderungen der Angestellten halten sich in recht bescheidenen Grenzen: 100 Franken monatliche Globalzulage. Die Banken bieten bloß 45 Franken. Um den Unterschied von 55 Franken monatlich geht der Kampf.

Am Freitag Abend gegen 6 Uhr sammelten sich etwa hundert junge Leute in der Rue Lafitte, wo sich das Verwaltungsgebäude der Banque Nationale de Crédit befindet, und riefen im Takte, nach der Weise der „Campions": „Auf die Straße! Auf die Straße!" In wenigen Minuten hatte sich der Bankpalast von einem 2000 Angestellten gefüllt, und der Zug wandte sich zu den großen Boulevards, wo die in aller Hast herangezogene Polizei Absperrungsmaßnahmen ergriff. Gegen sieben Uhr hatten sich die Massen zerstreut, aber nur, um ihre Kameraden in den zahlreichen Filialen der Nationalen Kreditbank ebenfalls zum Streik zu veranlassen. Noch am gleichen Abend fand in der Arbeitsbörse ein Meeting statt, das von mehr als 4000 Angestellten besucht war. Ein Streikausschuß trat zusammen und verfaßte eine Tagesordnung, die einstimmig gutgeheißen wurde, und worin die Angestellten erklären, den Streik bis zur restlosen Annahme ihrer Forderungen weiter zu führen.

Am folgenden Sonnabend stellten sich durchschnittlich 10 v. H. der Beamtenschaft in den verschiedenen Filialen ein. Der Bankstreik war auf der ganzen Linie entschieden. Es handelte sich nun darum, der übrigen großen Finanzinstitute von Paris in die Bewegung hineinzuziehen. Einige Banken sorgten rasch vor und gewährten namhafte Erhöhungen. Dagegen verhielten sich die offiziellen Kreditanstalten, an der Spitze der Crédit Lyonnais, durchaus ablehnend. Es wurden dafür von der Direktion folgende Gründe angegeben:

„Eine Anpassung der Beamtengehälter an die gesteigerten Bedürfnisse ist längst geplant. Die gegenwärtige Bewegung verfolgt einen doppelten Zweck: einen sozialen und einen politischen. Das Schlagwort der „Goldlöhne" ist ausgegeben, und die Agitation dafür wird von linkssradikaler Seite mit größter Schärfe geführt. Jedermann ist sich darüber klar, was die Einführung der Goldklausel für die französische Währung bedeuten würde: die Flucht aus den Inhaberpapieren, die Zahlungseinstellungen der Anleihe angeben: da sie aber unter keinen Umständen in einer Bank arbeiten wollen, bleibt dieser Beschluß ganz theoretisch."

Soweit die Pariser Großbanken. Die Angestellten heben dagegen mit Recht hervor, daß ihre Forderungen seit einem halben Jahre bekannt sind, und daß sich dafür schon der Minister Godart vergeblich eingesetzt. Damals sei weder von einer Goldanleihe, noch von Goldlöhnen die Rede gewesen. Sechs Monate lang hätten die Direktionen nicht einmal den Versuch gemacht, sich mit ihren hungernden Angestellten zu einigen. Von einer Ueberrumpelung könne also keineswegs die Rede sein. Die Lage der meisten Beamten sei so unerträglich, daß nicht die zum Schluß der Garantieanleihe, also bis tief in den Herbst hinein, gewartet werden könne. Viel böses Blut sei auch hervor, als die aus sechs Mitgliedern bestehende Delegation sich bei der Direktion meldete, um die Forderungen der Angestellten vorzubringen: es wurde ihnen nämlich mitgeteilt, daß sowohl der Direktor wie der Präsident des Verwaltungsrates in — Deauville sich aufhielten, so daß die Verhandlungen verschoben werden müßten...

a. p.

„Cleo, das Mädchen von der Straße." (Allhambra, Kurfürstendamm.) Pola Negri ist das Mädchen von der Straße, ohne daß der unstimmendurchgeführte Titel des Films irgendwie zu Spekulationen gereicht würde. Sie ist die trieben-ehrgeizige Frau, die nach einem freilichen Erleben mit einem gadelhaft gespreizten, alten Geden, der Männerwelt Rache geschworen, sie auf alle nur mögliche Weise ausnutzt, aber das Geld für wohltätige Zwecke mit vollen Händen spendet. Die sie dann den einen bartlosen Mann findet, stellt ame modische Mentalität amerikanischer Filmregisseure, bei denen Männer mit Schnurrbart von vornherein als die Abgründen, Schlechten, sogar verbrecherischen Elemente kennzeichnet sind). Und dieser Mann, der für sie Unterschlagungen begeht, neigt sich das Herz der Cleo in Liebe. — Dimitri Buchowetzki führt die Regie mit viel Aufmachung und äußerlichem Tam-Tam, ohne den Film je aus dem Kolportage-Gesellschafts-Durchschnittsniveau zu heben. Pola Negri spielt ihre Rolle mit großer Routine, hat einzelne ausgezeichnete Momente, ohne doch eine große Wirkung auszulösen oder das Interesse nachhaltiger zu fesseln.

ak.

Finanz- und Handelsblatt der Rostocker Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Mänch. Verantwortlich: Mag Mattersdorf-Friedenau.

Beilage zu Nummer 363

Montag, 3. August 1925, abends

Anhaltende Verstimmung

Weiter sehr ruhiges Geschäft

Zu Beginn der neuen Woche hielt die Verstimmung der Börse unvermindert an. Wesentlicher ist jedoch, daß die Umsätze weiterhin minimal bleiben, so daß von einem regulären Börsengeschäft auf vielen Marktgebieten nicht mehr die Rede sein kann. Es wurden auch kaum sachliche Momente für die Tendenzgestaltung angeführt. Man sprach zu Beginn lediglich von der letzten Auslassung über die Rentabilitätsaussichten von Phönix, wonach mit einer Dividende nicht gerechnet werden könne. Diese Nachrichten verstimmten um so mehr, als die Verwaltung unlängst erst recht optimistische Erklärungen abgegeben hatte. Im Verlauf wurde es dann wieder etwas freundlicher auf Nachrichten über das Wiederanblasen von Hochöfen im Industrierevier, sowie über Erhöhungen für Walzeisenprodukte. Die Erholungen gichten jedoch die anfängliche Verstimmung nicht aus. Die Börse schloß infolgedessen bei minimalem Geschäft im Grunde genommen weiter verstimmt.

Am Montanmarkt gingen die Veränderungen nur bei Mannesmann und Buderus 2 pCt. hinaus. Phönix erreichten mit 73¼ ihren bisher tiefsten Stand. Kali, chemische und Elektrowerte waren mit Ausnahme von Schuckert, die 2½ pCt. verloren, nur wenig verändert. Die Verluste gingen im Höchstfalle bis zu 1¾ pCt. Unter den Nebenwerten waren Dt. Maschinen und Eisenbahn-Verkehrsmittel stärker abgeschwächt, dagegen Feldmühle Papier und R. Wolf bemerkenswert fester. Schiffahrts- und Bankwerte hatten Kursverschiebungen bis zu 1 pCt. aufzuweisen.

Recht schwach lagen wieder Vorkriegspfandbriefe, in denen in Fortsetzung der Positionsklärungen größeres Material herankam. Preuß. Central Boden, 3,15—3,20; Berliner Hypotheken mußten zu 4,80 respektiert werden, Hamburger 5,37½. Pfandbriefe waren wenig verändert, dagegen lagen Stadtanleihen fest, ohne daß allerdings größere Umsätze zustande kamen. Berliner Stadtanleihe 4,80 bis 4,90.

Der Rentenmarkt lag sehr still. Kriegsanleihe schwankte um 0,23, Zwangsanleihe, die amtlich nicht mehr notiert wird, wurde im Freiverkehr mit 7—8 gehandelt.

Die während des Verlaufs der Börse eingetretene leichte Erholung war nur von kurzer Dauer. Ohne daß hierfür andere Gründe zu hören waren, als die schwache Haltung des Kassamarktes, setzte besonders in Phönix plötzlich eine große Abgabeneigung ein, die Kursniveaus empfindlich nach unten richtete. Gegen 2 Uhr wurde Phönix zum niedrigsten Tageskurs mit 71¾ genannt. Die übrigen Werte schlossen sich, wenn auch nicht in gleichem Maße, dieser Bewegung an. Gelsenkirchen 49, Harpener 97, Rheinstahl 56¾. Demgegenüber trat am Rentenmarkt keinerlei größeres Interesse mehr zutage. Kriegsanleihe schloß zu 0,225.

Kurse gegen 2 Uhr

Daimler 46,12, Hirsch Kupfer 98, Hammersen 16, Ilse Bergbau 91, A. E. G. 95, Gesfürel 84, Schuckert 71, H. H. Lloyd 31, Maschinenbau 38.5. Dt. Luxemburger 59,5, Gelsenkirchen 49.5, Oberbedarf 43, Phönix 72,25, Harpener 97,25, Hohenlohe 11,5, Rheinstahl 57,12, Riebeck 56,25. N. A. G. 67, Schultheiß 119, Orenstein 54,62½, Leonh. Tietz 60,1, Salzdetfurth 154,27, Tel. Berlin 51, El. Hochbahn 59,5, Canada 37,37, 2Ser K-Schätze 0,135, 8%ige Consols 0,965, Kriegsanleihe 0,0275, Hamburg Paket 50, Nordd. Lloyd 50,75, Hansa 76,5, Hamburg Süd 77,25, Dt. Erdöl 76, B. B. V. 2,8, Barmer Bankverein 1.12, Darmstädter 114,5, Disconto 105,25, Berliner Handelsges. 129.12, Dt. Bank 116, Dresdner 100, Reichsbank 123,62, Südsee 43, Stomm 4,75, Salitrara 205, Diamond 19,75, Dt. Petroleum 64, Commerzbank 95.

Am Markt der unnotierten Werte war eine nennenswerte Bewegung auch heute nicht festzustellen, die Haltung blieb hier weiter ruhig. Unter Kolonialwerten konzentrierte sich das Interesse auf Südsee-Phosphat-Aktien, ohne daß hierdurch nennenswerte Umsätze, sich auf 42—44 stellten. Viel erörtert wurde die Tatsache, daß sich inzwischen ein Teil der Opposition mit der Verwaltung getan hat, und zwar sind an der Opposition beteiligt, die Verwaltung diesem Teil der Opposition ihren Aktienbesitz abgekauft haben. Wie wir allerdings weiter hören, hat die organisierte Opposition ihren Standpunkt trotz alledem nicht geändert und wird diesen auch in der am Mittwoch stattfinden G.-V. weiterhin vertreten. Der Standpunkt der Opposition richtet sich, wie im übrigen bereits von uns erwähnt, gegen die Beteiligung an der deutsch-australischen Gesellschaft Mien, ein bisher noch unrentabel gebliebenes Unternehmen.

Adler Kohle	3,00	Hoinstn	8	Schebera	38,5	Niederm.	89,00
Alb. Akt.	20,00	Hizm. Glas	28,-	Süd. Schob.	94,00	Ronnenberg	79,50
Bens	3,75	Hünlich		Schwerdtf.	50,0	Steinförde	—
Bergb. A-G.		Ifa	10,00	Siegen	24,5	Stolberg	—
Friedenl		ind. Beteil	47,50	Stoewer	61,0	Wittekind	39,76
Brown Boveri	87,00	K. Rheyd	82,-	Straf. Glas	82,-		
Chi. W Ter	8,00	Lorch. A. Nip.	43,25	Tillm.	60,00	Dt. Petrol.	64,00
DLastaut	67,00	Lloyd Dyn.	43,50	T. Niedrich			
Gebr. Dorge	14,00	Mandl Schl.	23,00	Verser Wlz	9,55	*Diamond	18,50
Dux Porzell	33,00	Medico		Ufa	60,00	Kaoko	—
Evaporat.	15,50	Mitt. Kaff.	44,0	Winkelhaus	1,75	*Salitrara	202,50
Frankf. Pa.	73,00	Nation. Film	0,375	Zeitl. West	49,00	Sicrara	4,75
Frist. & Rosn	67,50	Neuefloden				SüdePhosph	42,00
Getreide-C.		Nieck. Kl.	37,00	Adler Kalk	84,00		
Glückauf R.		Oehrg. Bg		Benthe	1,80	*C.Hisp. Akt	1080,00
Grkr. Frank.	120,00	Oesph. Ms.	38,00	Halle Kalt	108,00	do. C. 50%	9,75
Gum. Ind.	120,00	Phön. Zuh.	72,0	Hilpert Kal	7,00	do. Ser. 2	7,00
Haag & Kniff		Poss.		Holdirg Vz.	39,50	*do. sam. do.	343,03
Har. Hasse	54,00	Ravené St.	67,50	Kali Aschl.	19,00	*Peterob. Int.	1,42
Hochfreq.	66,50	Rein. Tab.		Krügersh.	121,00	Russenbk.	3,10

* In Mark per Stück. † In Goldprozenten.

*

Am Geldmarkt war täglich das Geld noch ziemlich stark zu 10—11½ pCt. gesucht. Monatsgeld stellte sich auf 10¼ bis 11¼ pCt. eDr Privatdiskont blieb für beide Sichten 7⅞ pCt.

*

Frankfurter Börse

Tendenz: im allgemeinen etwas fester. Höchster Farben 114, Goldenkirchen 51, Phönix 75. Im Freiverkehr nannte man Apl 0,425, Bemberg 0,75, Brown Boveri 87, Brown Boveri Kohle Pfandbrief 101, Kunststeide 280, Petroleum 63, Ufa 59½. Kriegsanleihe 235 Milliarden Present. — Pfandbriefe unverändert, Stadtanleihen gesucht. — London gegen New York 4,8584, gegen Paris 102,40, gegen Mailand 132¾, gegen Kopenhagen 21,60, — Wien 25,65, gegen Schweiz 25,01, gegen Holland 12,09¾. Paris schwächer, Kopenhagen fester.

Hamburger Börse

Auch heute blieb die Tendenz schwach bei unbedeutendem Umsatzen. Das Geschäft konzentrierte sich immer mehr auf Montan- und Schiffahrtswerte, während der lokale Markt fast unnatürlich belebt. Gegen 12 Uhr 30 Min. wurden genannt: Lloyd —¼, Hamburg-Süd — ¾, Stettin —1. Am Lokalmarkt waren Hochbahn — ¼, Ongle Guano —1, Bödicker —¾, Harburg-Phönix —1, H. E. W. dagegen + ¼. Am Rentenmarkt blieben die Umsätze gering. Einiges Interesse bestand für Prämien- und Stellagegeschäfte, Kolonialwerte unverändert.

*

Am Devisenmarkt hat sich unter dem Einfluß weiterer Interventionen der Zloty wieder erholt. Dementsprechend stellte sich heute Kabel New York gegen Zloty im hiesigen Umsatzverkehr auf 5,83½ à 87¼. Das entspricht einer Parität von etwa 78¾ zu 79 Rm. für 100 Zloty. Einen stärkeren Rückschlag erfuhr Oslo und Kopenhagen, allerdings war im Laufe des Tages demgegenüber wieder eine leichte Besserung im Umsatzverkehr der Börse zu beobachten. Im französischen Franken, der italienischen Lira und auch im englischen Pfund ist keine nennenswerte Bewegung festzustellen. Zur hiesigen amtlichen Notiz lagen wie stets bei Wochenbeginn wieder größere Anforderungen an ausländischen Zahlungsmitteln vor, diese jedoch ihrem Umfang nach über den gewohnten Rahmen hinausgingen.

Berliner amtliche Devisenkurse

Telegr. Auszahlungen	Bank-Diskont	3. 8 Geld	3. 8 Brief	31. 7 Geld	31. 7 Brief
Reichsb.-Disk. 9% Lomb. 11 %					
Holland	6	168,54	169,36	168,44	169,86
Belgien	7	19,335	19,345	19,34	19,35
Oslo	6	76,50	76,50	77,25	77,45
Kopenhagen	6	94,67	94,86	94,82	95,17
Schweden	6	112,78	113,06	112,81	113,09
Danzig	6	80,8	81,10	80,85	81,05
Helsingfors	6	10,575	10,617	10,565	10,585
Italien	7	18,32	18,36	18,35	18,38
London	6	20,374	20,424	20,374	20,426
New York	6	4,180	4,205	4,180	4,205
Paris	7	13,80	13,84	13,815	13,855
Schweiz	7	79,47	79,67	81,44	81,64
Spanien	5	60,62	60,78	60,70	60,86
Deutsch-Österr.	10	59,07	59,207	59,067	59,207
Prag	7	12,427	12,457	12,424	12,467
Budapest	7	100000 Kronen	9	5,89	5,91	5,895	5,915
Buenos Aires	7	Papier-Peso	1,683	1,687	1,683	1,687
Bulgarien	10	100 Leva	2,93	3,53	3,058	3,065
Japan	7½	1,727	1,731	1,727	1,731
Rio de Janeiro	8	1 Milreis	0,483	0,483	0,483	0,483
Jugoslavien	10	Dinar	7	7,37	7,53	7,53	7,55
Portugal	10	100 Escudos	9	20,70	20,823	20,875	20,975
Konstantinopel	1 türk. Pfd.	—	3,36	3,37	3,32	3,33
Athen	7	100 Drachmen	5	5,69	5,71	5,69	5,71

*

Karpinski über die Zloty-Krise. Der Präsident der Bank von Polen, Karpinski, erklärte bei einem Empfange von Pressevertretern: Man muß doch mit Schwankungen des Zlotykurses rechnen, da der Inlandsmarkt die Valuteneindeckung — angesichts der zwecks Beschränkung der Einfuhr verfügten Verminderung des Angebots von Valuten durch die Exporteure — an einem wesentlichen Teile im Freiverkehr vornehmen muß, doch ist zu erwarten, daß der reichliche Valutenzufluß, der mit dem Export von Bodenfrüchten einsetzen wird, eine Zunahme dieser Maßnahme gestatten wird. Im außerbörslichen Verkehr hat der Dollar sich neuerlich befestigt und wird ungefähr zur Weltparität mit einem mittleren Kurs von 5,50 Zloty gehandelt.

Moskau, August. (Eigene Drahtnachr. Garantie u. Kreditbk. f. d. Osten.) 1000 engl. Pfund = 943 Tscherwonzen, 1000 Dollar = 194 Tscherwonzen.

*

Die Ablösung öffentlicher Anleihen. In Nr. 21 des „Bank-Archivs" vom 1. August behandelt Bankier Leopold Merzbach, Frankfurt a. M., noch einmal zusammenfassend die Aufwertungsfrage der öffentlichen Anleihen. Er bedauert, daß Regierung und Parlament sich gegen den dringenden Rat der sachverständigen Kreise haben verleiten lassen, eine Trennung zwischen Alt- und Neubesitz bei den Anleihen vorzunehmen. Eine solche Lösung hat mit sozialen Erwägungen nichts zu tun. Er möchte noch einmal den Vorwurf der Spekulation gegenüber den gutgläubigen Erwerbern und bemängelt dann weiter, daß man den 1. Juli 1920 als Stichtag für die Trennung von Alt- und Neubesitz eingeführt hat. Dies sei zugegebenermaßen lediglich aus technischen Gründen geschehen, um Spekulationen nach dem Termin liegt, an welchem das Depotzwangsgesetz ergangen war, und auf diese Weise es den Altanleihebesitzern besonders leicht möglich sei, ihren Besitz nachzuweisen. Ein ganz besonderes Unrecht findet der Verfasser in der Behandlung der Sparprämienanleihe und der 6%-Schatz- u. Reichsanleihe 1923 und 1924. Diese Behandlung wird deswegen um so ungerechter empfunden, als diese Papiere auf Wunsch der Regierung zum Börsenhandel, ja sogar zum variablen Verkehr, zugelassen worden sind. Auf diese Weise trägt nicht das Reich, sondern der gutgläubige Erwerber der K-Schätze in den Verzichtzeiten und Ersatzanspruch-Berechtigten zugebilligte Entschädigung. Weiterhin wird von Merzbach ausgeführt, daß die Vorkriegsanleihen, da sie in vollgültiger Mark bezahlt worden sind, eine besondere Behandlung verdient hätten. Er schließt seine Betrachtungen mit dem Hinweise darauf, daß der Staat sich der Nachteile seines Vorgehens recht wohl bewußt sein dürfte, da er sonst nicht bei jeder neue Anleihe aufgelegt werden soll und diese dann dem Mißtrauen der für die Anleihezeichnung in Frage kommenden Kreise unterworfen sein wird.

Das Disagio des Tscherwonetz in England. Der russische Tscherwonetz wird in London zu einem Disagio von gegenwärtig 50 pCt. gehandelt, wie der „Daily Telegraph" berichtet, d. h., daß man mit 2 Tscherwonzen nur ein Pfund kaufen kann, während der Wert des Tscherwonetz innerhalb Rußland nach den Angaben der dortigen offiziösen Stellen 21 Schilling beträgt.

Kapitalserhöhung der Banque Générale de Bulgarie. Das Unternehmen, das als Filiale der Banque de Paris et Pays-Bas gegründet wurde, erhöht sein Kapital von 12 auf 50 Mill. Lewa.

Stinnes und die Elbschiffer Kupferwerke. Wie wir erfahren, soll die Tagesordnung der zu Mitte August einberufenen ao. G.-V. der Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Elberfeld vor allem der Klärung der Verhältnisse bei der Gesellschaft dienen. Wie erinnerlich, hatte Stinnes bekanntlich die Majorität dieser Gesellschaft erworben, und es wäre immerhin denkbar, daß in der Zwischenzeit auf dem Wege über das Sanierungskonsortium sich diese Beteiligung verschoben hätte. Im Bewußtsein seiner Majorität scheint Stinnes damals seinen Vorstand zu Gesellschaftsverhandlungen zum Ausbau des Unternehmens gezogen zu haben. Um auch hierüber Aufklärung zu schaffen, soll über „Finanzierung des Hauptprogramms" gesprochen werden. Ferner sollen Mitteilungen über gewisse Operationen, die im Zusammenhang mit der Sanierung eingeleitet worden waren, Klarheit geschaffen werden. Unter „Veränderung von Nebenwerten" versteht man zu einige Werke, die nicht für den Gesamtbetrieb lebensnotwendig sind, wie z. B. eine Bleifabrik im Rheinland. Ihre Abstoßung könnte dem Werke, das naturgemäß unter einer gewissen Kapitalknappheit leidet, nützlich sein. — Die Notalisierung des Bilanzstichtages, der Gedanke der Bildung eines Konsortiums Hamburger Reeder erörtert, das den Stinnesschen Frachtraum aufnehmen soll,

Hotelbetriebs-A.-G. Die heutige o. G.-V. setzte die Dividende auf 8 pCt. auf Vorzugsaktien und auf 6 pCt. von 5 000 000 Mk. fest, während der auf die restlichen 5 740 000 M. Aktienkapital (frühere Aktien) entfallende Dividendenbetrag von 459 200 M. nach der bekannten Vereinbarung der Gesellschaft einem Spezial-Reservefonds überwiesen wird. Nach Erwartung führen auch die Anfang des neuen Geschäftsjahres sich nicht besonders günstig anzulassen habe. Der Fremdenzustrom ist nicht so groß, wie man erwartet habe, und auch die Einnahmen aus den Ausländer schränken sich mit ihren Ausgaben erheblich ein.

Theodor Teichgraeber A.-G., Berlin. Von der Verwaltung wird mitgeteilt, daß das Mitglied des Vorstandes Dr. Wilhelm Tricpel mit dem 1. Juli aus der Gesellschaft ausgeschieden ist.

Aufhebung deutscher Einfuhrverbote. Am 29. Juli d. J. hat der Reichswirtschaftsminister eine Verordnung erlassen, in der für eine Anzahl von Waren, nämlich: Chemische und pharmazeutische Produkte, Farbwaren, Wolle, Baumwolle, pflanzliche Spinnstoffe, Kürschnerwaren, Besen und Bürstenartikel, Waren aus tierischen, pflanzlichen Schnitz- oder Formerstoffen, Papierwaren, Waren aus Steinen und fossilen Stoffen, Ton- und Glaswaren, edle und unedle Metalle, Fahrzeuge, Feuerwaffen und Kinderspielzeug — das bisherige Einfuhrverbot aufgehoben wird. Soweit dieselben Waren aus Polen stammen, bleibt aber das Einfuhrverbot unbeschränkt bestehen.

Dividende

Gladbacher Textilwerke A.-G. (Schätzung) 0 pCt.

Warenmärkte

Berliner Produktenverkehr

Die Produktenbörse eröffnete die neue Woche in stiller, aber eher etwas freundlicherer Haltung. Irgendwelche Anregung vom Auslande, die den Markt hätte beeinflussen können, lag jedoch nicht vor. Am Lokomarkt ist das Angebot in Weizen zwar nur gering, aber auch auf seiten der Mühlen besteht im allgemeinen nur geringes Kaufinteresse. Roggen stand reichlich zur Verfügung. Geschäft entwickelte sich auf einem um eine Mark höheren Niveau. Der Mehlmarkt lag sehr still, die Mühlen hielten hier an den Forderungen fest. Auch der Futtermittelmarkt trat rege Nachfrage nach Heu hervor, und die Preise zogen hier, angesichts der schlechten Ernte, an.

Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft erfuhren die Preise zunächst eine leichte Erhöhung, besonders für September- und Oktober-Weizen um je ½ Mark, September-Roggen stellte sich um 1 Mark, Oktober-Roggen um 1¾ Mark höher. Auch Oktober-Hafer war um 2 Mark heraufgesetzt. Im Verlaufe war etwas mehr Angebot in Weizen vorhanden, so daß der Preis etwas nachgab, während sich Roggen auf seinem Niveau hielt.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in G.-M.)	3. August	31. Juli
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinig. d. deutsche Elektrolytkupferwerke)	137,01	136,00
Hüttenraffinade, Preis im freien Verkehr	70,50—71,50	70,50—71,50
Remelted Plattenzink	64,00—65,00	64,00—65,00
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	235,00—240,0	235,00—240,00
do. do. in Walz- oder Drahtbarren	245,00—250,00	245,00—250,00
Reinnickel	340,00—350,00	340,00—350,00
Antimon-Regulus	128,00—130,00	128,00—130,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg	85,50—86,50	85,25—86,25

*

Amsterdam, 1. August. Gummi. (Bericht von Jousten u. Janssen.) Gänzlicher Umschwung in der Stimmung. Preise fielen mit großen Sprüngen besonders in Plantagensorten. Geschäft in effektiver Ware so gut wie ausgeschlossen. Produzenten hielten sich fast allgemein abseits. Kauflust gering. Schluß ist unsicher zu alten Preisen: Hevea Smoks F. 2,50, Hevea Crepe F. 2,45 bakkra Hevea Crepe F. 2,09, Oktober Dezember. Hevea Crepe F. 1,56 April-Juni.

*

Starker Rückgang der ostoberschlesischen Steinkohlenförderung. Die Steinkohlenförderung Ostoberschlesiens in der Woche bis einschließlich 19. Juli betrug 1 Million 1 Tonnen und ist damit gegenüber der Vorwoche um 3 Tonnen oder 0,3 pCt. zurückgegangen, während sie in der Vorwoche bei gleichfalls 6 Arbeitstagen noch 354 409 To. betrug. Er ist also rt. Ind.-Kurr. 0,3 pCt. Der Rückgang ist also ein starker. Förderrückgang um 35 264 To. zu verzeichnen. Die Kohlenbestände haben sich kaum verändert, sie betrugen am Ende der Berichtswoche 1 163 103 To. (1 163 256 To.) Die Förderung mußte auch in der Berichtswoche infolge der Absatzschwierigkeiten durch Verlegung von Feierschichten und Stillegung einzelner Gruben begrenzt werden. — Das vor kurzem zustandegekommene Polnisch-oberschlesische Syndikat hat mit dem 1. Juli die Tätigkeit aufgenommen. Dem neuen Syndikat sind nur die ostoberschlesischen Gruben. Das Syndikat dürfte demnächst die Tätigkeit aufnehmen. Es sollen Einheitspreise für bestimmte Marken festgesetzt werden. Die neuen Kohlenpreise dürften sich folgendermaßen gestalten: Die offiziellen Preise für grobe Kohle werden um 2 Zloty herabgesetzt, kleine Kohlensorten werden um 3 Zloty und Kohlenschlamm wird um 0,30 Zloty p. To. ermäßigt. — Ab 1. Juli d. Js. sind die Preise für Eisenbahnwagen frei Schiede und Hola um durchschnittlich 10 pCt. ermäßigt werden. Die Ermäßigung ist an die Bedingung geknüpft, daß von den einzelnen Abnehmern mindestens 200 000 bis 300 000 To. Kohle gekauft bzw. 200 000 bis 300 000 To. Holz nach den baltischen Staaten zur Versendung gegangen.

Das Verkaufssyndikat der polnisch-oberschlesischen Hüttenindustrie. Dem neuen Verkaufssyndikat der polnisch-oberschlesischen Hüttenindustrie gehören an die Gesellschaft Laurahütte, Friedenshütte, die Kattowitzer A.-G., Königshütte, Bergbau- und Hütten A.-G., Baildonhütte und Silesia A.-G. an. Wegen des Beitrittes der anderen Hüttenwerke werden noch Verhandlungen. Auch in der Eisen- und Stahlindustrie sollen, sobald das Syndikat alle Betriebe umfassen wird, einheitliche Abmachungen über die Höhe der Produktion und die Verteilung des Absatzes getroffen werden.

Zur Besteiligung der Doppelbesteuerung bei den Körperschaftssteuervorauszahlungen von Erwerbsgesellschaften hat auf Antrag der Industrie- und Handelskammer zu Berlin das Zentralfinanzamt Berlin eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Nach der bestehenden Steuergesetzgebung haben Handelsgesellschaften, die nicht juristische Personen sind, auf Grund ihrer Betriebseinnahmen die Hälfte der für Kapitalgesellschaften (Kommanditisten) entfallenden Zahlung zu ermitteln und den Betrag an die für den Gesellschafter (Kommanditisten) zuständige Kasse abzuführen. Es ist daher in dieser Höhe auch unter der Kommanditist die Vorauszahlungen nach dem Vermögen zu leisten. Für die offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft entfallen ist. Unberührt von diesem Recht bleibt die Verpflichtung der offenen Handelsgesellschaften (Kommanditgesellschaften) die Vorauszahlungen für die Gesellschafter (Kommanditisten) dann zu leisten, wenn diese die ihnen obliegenden Vorauszahlungspflicht nach dem Vermögen nicht oder nicht pünktlich erfüllen. Es muß ferner darauf bestanden werden, daß die offenen Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften für ihre körperschaftssteuerpflichtigen Gesellschafter bzw. Kommanditisten nach wie vor Vorammeldungen abgeben, und zwar auch, wenn eine Zahlung aus den vorgenannten Gründen nicht erfolgt, da die Vorausmeldungen für die Überwachungen unerläßlich sind. Diese Befreiungsvorschrift bezieht sich auf diejenigen Fälle, in denen zu den Gesellschaftern von offenen Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien und Aktiengesellschaften besondere Erwerbsgesellschaften in Form von A.-G. oder G. m. b. H.-(G. m. b. H. u. Co.) zählen.

Die Zentnerfelder Bolivienes. Die Republik Bolivien begeht am 6. August die Gedächtnisfeier ihres Bestehens. Sie ist das jüngste Staatengebilde des südamerikanischen Kontinents, aber im Vergleich zu ihren reichen Naturschätzen und Virtuelle Möglichkeiten Aequellen heute noch das am wenigsten erschlossene Gebiet. Bolivien, dessen Bevölkerung seinen politischen und nicht minder seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland abbrechen mußte, hat diese sofort nach Kriegsende wieder aufzunehmen sich bemüht und auch seine Interessen abgeschlossenen Handels- und Freundschaftsvertrag mit uns erneut zu pflegen und festigen begonnen. Boliviens Außenhandel hat sich seit 1913 im Import auf 122 Mill. Bolivianos, im Export auf 188 Mill. B. — also um mehr als das Doppelte — seit dem Weltkrieg nicht unwesentlich gelitten, doch hatte sich im Jahre 1923 der Handel immerhin schon auf 100 Mill. B. wieder in der Ausfuhr und auf 75 Mill. B. in der Einfuhr gestellt. Aus diesen niedrigen Zahlen hängen zum größten Teil noch mit der außerordentlichen Entwertung des Kautschukwertpreises zusammen, die wiederum eine Folge der indisch-malaiischen Ueberproduktion war. Noch wichtiger als die Kautschukausfuhr ist die Ausfuhr von Zinnerzen, von denen 1923 50 425 To. im Werte von 80,6 Mill. Bolivianos zur Ausfuhr gelangten. Die Silberausfuhr hatte in dem gleichen Jahre einen Wert von 9,4 Mill. B., die Kupferausfuhr von 6,8 Mill. B. An Wismuth wurden etwa 2½ Mill. B., an Blei 1,98 Mill. B. ausgeführt, an anderen Mineralien für rund 3 Mill. B. Im 1924 war die Einfuhr der erwähnten Mineralprodukte um je etwa 15 pCt. gestiegen. Der Wert der Bleiausfuhr hat sich verzehnfacht. Von den Zinnerzen hat Deutschland nach dem Rückgang der Einfuhr in den letzten Jahren wieder größere Mengen aufgenommen (1920—1922 10 550, 31 518, 56 514 dz. 1924 freilich nur 12 135 dz), während sich unsere Einfuhr 1913 immerhin auf 158 312 gestellt hat. Von deutschen Ausfuhrartikeln nach Bolivien sind in der Hauptsache zu nennen: Eisenbahnmaterial, Schienen, Schwellen, rollendes Material sowie Manufakturwaren.

Leipzig, 3. August. (Eigene Drahtnachr.) Die Gummiwarenfabrik Berg u. Co. ist in Konkurs geraten. Der Status liegt einstweilen noch nicht vor.

Weiterer Verlauf der Börse

Der Kassamarkt verkehrte in ausgesprochen schwacher Haltung, bei teilweise doch recht beträchtlichen Kursrückgängen. *So verloren u. a.* Braunschweiger Kohlen 7, König Wilhelm und Siemer Mühmaschinen 5, Dahlenhorster Linoleum 4¾, Westf. Draht Langendreer und Alsen Zement 4¾, Gladbacher Wolle, Malkah 4, Tafelglas Türth, Verkehrswesen 5¾, Heckmann 5, andererseits bußten Pongs, Spinn., Nickelwerke, Caroline und Flensburger Schiffbau 3 pCt. ein Demgegenüber blühenden Kurssteigerungen von 5 pCt. bei Karamag und 2½ bei Chem. Albert ohne Bedeutung.

Im Verlaufe machte sich etwas größere Kaufneigung für Siebel-Aktien geltend, die von 16 auf 22 anzogen.

In Goldprozent notiert wurden Böhler K.-G. ohne St.

Bezugsrechte. Berliner Hyp.-Bank —B., Ungarische Kredit-Bank — B.

*

Ostdevisen: Auszahlung Warschau, Kattowitz und Posen 78,30, 78,70, Riga 80,55, 80,95, Reval 1,117, 1,123, Kowno 41,995, 41,405.

— Noten: Große Polennoten 76,85, 77,65, Kleine Polennoten —, Lat. 79,825, 80,625, Lit. 40,945, 41,36.

*

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse. (Lokonotierungen für Getreide gelten ab Station.) Weizen loko märk. 245—248, September 252½—252, Oktober 250; ruhig. — Roggen loko märk. 184—189, Sept. 199, Okt. 204½; beh. — Sommergerste Winter- 185—195, Futter- 170—178, Hafer 198—212; stetig. — Hafer loko märk. Sept. 192—191½, Oktober 199—198; schwächer. — Mais, loko Berlin 211—213; stetig.

Weizenmehl 33—35; stetig. — Roggenmehl 26½—28½; kaum stetig.

Weizenkleie 13,80 ruhig, Roggenkleie 13,80, Raps 350—60 ruhig. Erbsen: Viktoria- 27—34, Kleine Speise- 25—27, Futtererbsen 23—25, Peluschken 23—25, Wicken 26—28, Lupinen blau 11,75—13,25, do. gelb 15—16,50, Rapskuchen 16,80, Leinkuchen 23,60—80, Trockenschnitzel 12,20—40, Sojaschrot 22,40—60, Torfmelasse 30/70 Kartoffelflocken 26—36,30.

Berliner Metallterminnotierungen vom 3. August. Kupfer per August 123½ B, 122½ G; September 124¾ B, 124¼ G; Oktober 126¼ bez., 126 B, 125¼ G; November 126½ bez., 126¾ B, 125¾ G; Dezember 126½ B, 127 G; Januar 127¾ B, 127¼ G. Tendenz: ruhig. — Blei per August 26 B, 25 G; September 25¾ B, 25¼ G; Oktober 24½ B, 24 G; November 23¼ B, 23¾ G; Dezember 23¼ B, 22 G; Januar 72 B, 71 G. Tendenz: ruhig.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 3 August 1925

Fortlaufende amtliche Notierungen

Festverz. Werte	Geld	Brief
Dt. Bull.-Anl.	94,50	94,90
Dt. Schatz 10		
do. 9%	0,19–0,1875	0,1875 0,19
do. 6–9 Agio	0,15–0,1775	0,18 0,1825
do. fällig 24	0,16	0,16 0,17
Reichs-Anl. 23	0,164–0,152	0,152 0,17
Dt. Reichs-Anl. 5	0,230–0,2275	0,230 0,2325
do.	0,305–0,29	0,2825 0,325
do.	0,275–0,255	0,255 0,285
do.		0,43 0,46
Pr. Schatz 7-23		
do. 1.5.25	0,095	0,10
do. rückzahl.	0,0225	0,025
do. Rückzahl.	0,23	0,23
Pr. Kons. Anl.	0,265–0,25	0,2225 0,2725
do.	0,27–0,255	0,27 0,2825
do.	0,275–0,26	0,26 0,2725
Bayer. St.-A.	0,29	0,29 0,275
do.	0,29	0,29 0,275
Bay. St. 19	0,046	0,047 0,045
Mzed. Gold-	7,50–7,30	7,30 7,10
Mexikan. Anl.		0,03 0,03
do.	31,50	31,13 30,88
Mexik. Bew.-Anl.		0,70 0,70
Dtsch. Anl. 01		0,32 0,40
Bremen 19	4,35	4,25
do. 1926	4,35	4,25
do. 1922	4,35	4,25
Hamb. St.-A.	0,75	0,90
do. 1921		
do. 198 kl.	0,13	0,18
do. 1924	0,13	0,18
Sächs. St. 19	0,24	0,263
do. Staats-R.		0,24 0,263
Württg. 6-20		0,26 0,28

Preuß. Pfandbriefe	Geld	Brief
Berliner neue 4%	0,17	0,19
do. neue 3%	0,13	0,15
do. 2%		
Berl. Schlachth.	0,75	0,78
Kur- u. Neum. 3%		
do. Kn.-Ldsch.	4,55	4,55
Ostpreußische 4%		
do.		
do.		
Pommersche 4%	13,50	13,70
do.	13,10	13,20
Pr. Zntrat. 13		
Pr. Zntrat. R. I		
do. K. I.		
Sächs. neue 4	7,00	7,40
Westpr. rittersch.	0,30	0,32
do.	2,65	3,00

Wertbeständige Anl.		
Anhalt. Roggen		
Bad. Ld. fl. Anl.	8,80	9,17
do.	8,74	9,14
8 % Bay. Meinth.	0,25	0,30
do. Schatzkv.		
do. Roggen		
Brl. Hyp. Bk.	96,50	96,84
do. S. 4	97,00	97,44
do. S. 5	96,50	96,84
do.	1,73	1,76
do. Hyp. Pf. 81		
do.	96,50	96,50
do. Pfdbr. A.	96,25	96,25
Berl. Hyp.-Ver.	96,50	96,84
do. Ö. Stadsch.	93,75	93,75
Brdb. Kr. f. K.	1,61	1,61
Brl. Kr. f. Ld.		
do.		
Brsl. Kr. Kohle	14,55	14,55
Dt. Ld. Pf. 26	84,50	84,50
Dt. Komm. Gold	61,06	61,06
Dt. Ld. Pf. 26	84,50	84,50
do. 27	84,50	84,50
Dt. Komm. Gold	61,06	61,06
do. Roggen	84,50	84,50
do. Roggen	5,80	5,80
do. Ldkult. Roggen	3,75	3,80
do.		
Dt. Wohnst. Fg.		
Dt. Zentralkr.		
Dresdner Roggen		
Mitteldtsch. G.	2,15	2,65
Nutz.-K. Roggen	2,65	3,00
do.	5,55	5,85
Pr. Hyp. Pf. 0.3	0,30	0,35
do. do. 2	57,00	58,00
do. G.-K. 4		94,00
do. G.-K. 5		
Pfdbr. G.-A. 23	0,03	0,05
Pfdbr. G.-A. 24	0,03	0,05
Pfdbr. G.-A. 25	0,03	0,05
Pr. Pfdbr. G.-A.	0,03	0,05
Pr. Zentr. Bod.		
Pr. Zentr. Bod.		
Pr. Zentr. Bod.	

für die organisierte Arbeiterschaft immer nur darum handeln, arbeiterfreundliche Kandidaten zu unterstützen, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit.

*

Diese neuerliche Stellungnahme der großen Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten ist nur die konsequente Fortführung der von ihrem verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Gompers stets vertretenen und auch auf internationalen Gewerkschaftskongressen eingenommenen Haltung. Sie schaltet ganz bewußt die in den Gewerkschaften (Unions) organisierten Arbeitermassen als Machtfaktor in staatspolitischen Fragen aus und treibt eine reine Standesinteressen- und Lohnpolitik.

Russisch-japanische Annäherung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ha Moskau, 3. August

Die japanisch-russischen Beziehungen scheinen sich außerordentlich zu bessern. Japanische Flieger, die sich unterwegs nach Moskau befinden, werden überall freundschaftlich und festlich aufgenommen. Bei ihrer Ankunft in Moskau sind große Festlichkeiten geplant. Der japanische Botschafter in Moskau, Tanaka, gab in Mitsui-Nowgorod ein Interview, das in sehr freundschaftlichem Tone gehalten ist, und betont, daß die Beziehungen Japans zur Sowjetunion sich ohne Rücksicht auf die Stellung der Sowjetunion zu anderen Staaten entwickeln könnten.

fx London, 3. August

Wie Reuter aus Peking meldet, hat der chinesische Außenminister an den dortigen italienischen Gesandten eine Note gerichtet, in der er darauf hinweist, daß seit seiner letzten Note, in welcher er um die Festsetzung des Datums der Verhandlungen über die Schanghaier Zwischenfälle bat, bereits 14 Tage vergangen sind, und daß er die Gesandten der Mächte ersuche, dieses Datum so bald wie möglich bekanntzugeben. Die Verantwortung für jene Verzögerung falle auf diejenigen zurück, die diese Verzögerung verursachten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hört, daß die amerikanische Regierung bezüglich der kürzlichen Vorschläge Chamberlains in dieser Frage gewisse Vorbehalte gemacht habe, wenn sie auch grundsätzlich mit der englischen Regierung übereinstimme.

Aufforderung an Amerika?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Moskau, 2. August

Die Sowjetpresse widmet den Reden des Chefs der westeuropäischen Abteilung des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten, Castle, der bekanntlich die Sowjetunion angriff, große Aufmerksamkeit. Der Leitartikel der „Prawda" unterstreicht noch einmal den Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Komintern und betont insbesondere, daß so auch die Sowjetregierung die Auflösung faschistischer Organisationen, die konterrevolutionäre Ziele haben, in anderen Staaten nicht verlangt. Die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Rußland entwickeln sich sehr günstig. Ueber den Handelsvertrag und den Zolltarif habe man mit der Sowjetregierung und nicht mit der Privatorganisation der Komintern zu verhandeln.

Keine türkischen Offiziere bei Abd el Krim

Die „Anatolische Nachrichtenagentur" in Angora dementiert offiziell, daß türkische Offiziere bei Abdel Krim dienen, sowie die Nachricht, daß die Türkei dem Rifführer Subventionen gewährt habe.

Die Schäden der Umsatzsteuer

Steuerdebatte im Reichstag

Der Reichstag begann bereits heute vormittags 10 Uhr seine Arbeit. Präsident Löbe teilt mit, daß 14 Gesuche von Abgeordneten aller Parteien mit längerem Urlaub eingegangen sind. Alle Gesuche werden bewilligt. Dann wird die zweite Lesung der Steuergesetze fortgesetzt, und zwar bei den Verkehrssteuern. Die Umsatzsteuer soll nach dem Kompromiß 1¼ v. H. betragen. Demgegenüber beantragen die Demokraten, sie auf 1 v. H. zu ermäßigen. Die Sozialdemokraten fordern, daß die Umsätze von Lebensmitteln in Umsatzsteuerfrei sein sollen, und daß die Umsatzsteuer vom 1. April 1926 ab nur ½ v. H. betragen soll. Die Kommunisten lehnen die Umsatzsteuer überhaupt ab.

In der Einzelberatung erklärt Abg. Dr. **Fischer** (Dem.) daß die Verbrechungen auf Kapitalzuwiderung möglichst erleichtert werden müßten und befürwortet den Antrag auf Steuerbefreiung von Wohlfahrtsanstalten und von Kassen der Reichsversicherung bei Erwerb von Grundstücken.

Abg. **Peine** (Soz.) fordert Herabsetzung der Sätze für die Umsatzsteuer. Gewisse Kreise von Handel und Industrie haben sich durch Zusammenschaltung von Betrieben den Verhältnissen bereits angepaßt. Wo das geschehen sei, seien die Klagen über die Umsatzsteuern verstummt, denen auch der Reichswirtschaftsrat feinerzeit Ausdruck gegeben habe mit der Forderung auf jegliche Beseitigung der Umsatzsteuer. Warum solle man nicht dem Beispiel Oesterreichs, wo z. B. bereits in der Mühle die Steuern eingezogen werden? Damit würde man aber gerade die Betriebe treffen, die sich durch Parallelschaltungen geholfen haben, um der vollen Auswirkung der Umsatzsteuer zu entgehen. Wir fordern vor allem, daß die Umsätze von Lebensmitteln umsatzsteuerfrei bleiben. Die Doppelbesteuerung der Konsumvereine und -Gesellschaften hat zur Folge, daß eine Schädigung der Konsumenten eintritt, lediglich um rückständige Kleinbetriebe aufrecht zu erhalten.

Abg. **Brodauf** (Dem.) begründet die Anträge seiner Fraktion, wonach Vermittlungen und Abschlüsse befreit werden, die über Geschäfte für das Handelsgewerbe eines Dritten in dessen ständigem Auftrage vorgenommen werden. Damit soll ein altes Unrecht in der Umsatzsteuer gegen die Handelsvertreter gutgemacht werden. Ferner fordern wir Steuerbefreiung für Leistungen aus freier Berufstätigkeit, insbesondere für den Erwerb aus wissenschaftlicher, künstlerischer, schriftstellerischer, unterrichtender und erzieherischer Tätigkeit, aus der Berufstätigkeit der Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und Bücherrevisoren. Zu unserem ersten Antrag ist zu bemerken: Während die Umsatzsteuer grundsätzlich abgewälzt werden kann, ist das bei der Kommission der Handelsvertreter nicht der Fall.

Man versteht den Widerstand der Regierungsparteien nicht. Im Danzig hat man die Freistellung der Handelsvertreter durchgesetzt. Warum nicht bei uns. Seinerzeit hat ja auch Dr. Helfferich sich mit aller Schärfe für die Beseitigung des Steuerunrechts gegen die Kommissionäre eingesetzt. Warum ist seine Partei heute nicht mehr dafür, nachdem sie Regierungspartei geworden ist? Warum hat man sich gerade beim Reichsfinanzhof ein Gutachten bestellt? Er urteilt nicht nach volkswirtschaftlichen, sondern nach steuerfiskalischen Gesichtspunkten. Um das Gutachten des Reichsfinanzhofs willen geht man an den entgegenstehenden Gutachten von 40 Handelskammern vorüber. Bei manchen Handelsvertretern steigen die Kosten der Vertretung bis auf 70 v. H. der Provision. Zu Unrecht gebraucht auch die Vorlage den Ausdruck „Umsatz" für Provision.

Staatssekretär **Popitz** erwidert, daß die Frage der Handelsvertreter ernst geprüft worden sei. Befreie man die Handelsvertreter, so würden auch andere Befreiung verlangen. Der Reichsfinanzhof habe gerade in der Umsatzsteuer eine große Erfahrung und erkläre, daß es sich hier gerade um den gefährlichsten Punkt einer Durchbrechung des Grundsatzes handle. Man dürfe nicht zu stark differenzieren. Durch eine Einzelnorm würde eine Sondergefahr eintreten, die eine Veränderung der Rechtsform bringen könnte. Auch anderen Unternehmerkreisen gelingen die Umwälzungen nicht, wenn sie keinen Ertrag, keinen Unternehmergewinn haben. Man könne hier nicht im einzelnen prüfen. Man dürfe nicht die Umsatzsteuer selbst gefährden; das würde auch einen weiteren Abbau der Umsatzsteuer schädlich sein!

Abg. **Kirschmann** (Soz.) ist gleichfalls der Ansicht, daß es sich bei den Handelsvertretern um ein Steuerunrecht handle, das eine Doppelbesteuerung mit sich bringe. Die Handelskammer Köln bestätigt das auf die Unabwälzbarkeit der Steuer bei Kommissionären hingewiesen. Die Regelung läuft darauf hinaus, daß die Vertreter sogar Spesen versteuern müßten. Auch hier zeigt sich die Verwandlungsfähigkeit der Deutschnationalen!

Abg. **Fischer** (Dem.) erinnert an das Wort Helfferichs, daß man der Steuermoral nicht diene, wenn man ein Steuerunrecht aufrecht erhalte, wie es zweifellos die Umsatzbesteuerung der Kommissionäre sei. Die Deutschnationalen haben die Möglichkeit, in der Abstimmung dem Wort ihres einstigen Führers Helfferich Rechnung zu tragen. Die Umsatzsteuer ist überhaupt zum Steuern verurteilt; sie hemmt das Steigen, die Produktionskosten herabzusetzen. Wie unhaltbar das Umsatzsteuer ist, ist wohl auch bei den Ausführungen des Staatssekretärs Popitz überall zwischen den Zeilen zu lesen. In allen Kreisen der Wirtschaft werden die neuen Steuerlasten als unerträglich bezeichnet. Die Regierung ist aber noch immer die Antwort auf die präzise Frage schuldig geblieben, wie sie die gegenwärtigen Steuersätze in ihrer Gesamtheit für die Wirtschaft als tragbar ansieht. Qui tacet, consentire videtur! Die Demokratische Partei wird wie bisher an einer sozialen Gestaltung der Lohnsteuer sowie an der Forderung der Herabsetzung der Verbrauchssteuern, insbesondere des Abbaus der Umsatzsteuer festhalten.

Beschwerde der Kommunisten

Sowohl die kommunistischen Abgg. Höllein und Jadasch wie auch die kommunistische Reichstagsfraktion als solche haben in der vorgeschriebenen Form schriftliche Beschwerde gegen den Ausschluß der Abgg. Höllein und Jadasch auf zwanzig Sitzungstage aus dem Reichstage beim Präsidium des Reichstags eingereicht.

Keine Obstruktion

Sozialdemokratischer Bezirksparteitag

Am gestrigen Sonntag fand im ehemaligen Herrenhaus unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Künstler der Berliner Bezirksparteitag der S. P. D. statt. Aus dem Geschäftsbericht, den die Parteisekretäre Fischer und Pagels erstatteten, ist hervorzuheben, daß in den drei letzten Quartalen des Geschäftsjahres 1924-25 im Mitgliederbestand der Partei wieder eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen war, gegenüber einem Rückgang im vorigen Jahr.

Die Debatte befaßte sich im wesentlichen mit der Taktik der sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten. Gegenüber den Darlegungen eines Redners, der eine radikalere Haltung gegenüber dem Steuer- und Zollvorgen forderte, wurde die Taktik der Reichstagsfraktion von den Abgeordneten Eduard Bernstein, Crispien, Bohm-Duisburg und von dem Landtagsabgeordneten Kuttner verteidigt. Sie führten aus, daß die Taktik der Partei nicht die der Kommunisten sein könne. Während die Linksradikalen darauf ausgingen, den Parlamentarismus zu diskreditieren und zu zerstören, sei es Aufgabe der S. P. D., das Ansehen des Parlaments zu stärken, denn das Parlament sei die stärkste Stütze der Republik. Die Partei könne daher die Zoll- und Steuergesetze nur mit dem Mittel sachlicher Opposition im Rahmen der Geschäftsordnung des Parlaments bekämpfen, und sie habe mit dieser Taktik einen viel größeren Erfolg erzielt, als sie zu erreichen in der Lage gewesen wäre, wenn sie Obstruktion getrieben hätte.

Angenommen wurde eine Entschließung zugunsten des chinesischen Proletariats sowie ein Antrag, der den Parteivorstand auffordert, dahinzuwirken, daß die beamteten Genossen bei offiziellen Reden solche Worte wählen, die keinen Zweifel an der Zugehörigkeit der Betreffenden zur S. P. D. aufkommen ließen. In Begründung dieser Forderung wiesen die Antragsteller auf die Rede des Oberpräsidenten Noske hin, die dieser beim Scheiden Hindenburgs aus Hannover gehalten hatte. Der Parteivorstand in seiner Gesamtheit wurde durch Akklamation wiedergewählt. Ferner fanden die Delegiertenwahlen zum kommenden Heidelberger Parteitag statt.

Dr. Luthers Gruß an Essen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Köln, 2. August**

Aus Anlaß der Krönung der Stadt Essen richtete der Reichskanzler Dr. Luther an den Oberbürgermeister in Essen ein Telegramm, in dem es u. a. heißt: „In dieser Stunde der endgültigen Befreiung gehören alle meine Gedanken der Stadt Essen und ihrer Bürgerschaft, mit der ich durch Arbeit in schwerer Zeit und durch so viel mir erwiesene Hilfe und Freundlichkeit für immer aufs innigste verbunden bin. Am Vorabend jenes unseligen 11. Januar hat Essens Bevölkerung in Kundgebungen von Treue und Leidenschaft, die kein Mitterlebender je vergessen wird, sich zu vaterländischer Festigkeit verbunden. Im Geiste dieser Kundgebungen hat Essen mehr als 2½ Jahre die Härten der Besetzung getragen. Auch jetzt noch drückt gerade auf Essen und den Ruhrbezirk schwere wirtschaftliche Not, aber die endgültige Befreiung sei uns eine Verheißung für weiteres Voranschreiten auf dem mühevollen Wege zu Deutschlands Wiederaufstieg. Essen, Glückauf!"

Deutsche Volksschulen in Südslawien

Durch eine Anordnung des südslawischen Unterrichtsministers besteht jetzt kurzem die Möglichkeit, nationale Parallelklassen überall da einzurichten, wo mehr als dreißig Schüler anderer Volkszugehörigkeit als der serbischen resp. kroatischen vorhanden sind. Diese Verordnung gibt die Hoffnung für die Deutschen Südslawiens, daß die bisher durch brutale Verwaltungsmaßnahmen unterdrückten deutschen Schulen in neuer Form wieder auferstehen. Voraussetzung dazu ist freilich, daß nicht erneut auf dem Verwaltungswege Schwierigkeiten gemacht werden.

nehmern aus allen Teilen Deutschlands besucht ist. Voran ging ein Begrüßungsabend in der Burse, bei welchem Prof. Sommerlad über die geschichtliche Bedeutung Halles sprach, und eine Stadtführung durch den Provinzialkonservator Baurat Ohle. Die Verhandlungen werden von Geh. Rat Prof. Hans Virchow, Berlin, geleitet, der in einer Begrüßungsrede auf die ähnlichen Veranstaltungen in Tübingen (1923) und Hildesheim (1921) hinwies, der verstorbenen Mitglieder der Gesellschaft von Luschan, Martin, Hauchlich und Koch-Grünberg in ehrenden Worten gedachte, auf den trotz aller gegenteiligen Bestrebungen immer innigeren Zusammenhang der Anthropologie, Prähistorie und Ethnologie hinwies, aber ebenso die Beziehungen dieser Wissenschaften zu Physiologie, Physiatrie, Zoologie, Botanik, Geologie, Geographie hervorhob. Für die Universität sprach der Rektor magnificus warme Begrüßungsworte, in denen gleichfalls der universale Charakter der Anthropologie zum Ausdruck kam. Es sprachen ferner Walther-Halle über die natürlichen Grundlagen der mitteldeutschen Kulturen, Krause-Leipzig über primäre und sekundäre Primitivheit, während Eugen Fischer-Freiburg die Urbevölkerung der Kanarischen Inseln behandelte, in der er den Cro-Magnon-Typ festgestellt sehen will. Reinerth-Tübingen trat im Gegensatz zu den Theorien Fechters und Kellers, der in den Pfahlbauten Wasserbauten erblickt, für deren Landcharakter ein. Auf die weiteren Vorträge und die Würdigung der Gesamtarbeit des Kongresses kommen wir noch zurück.

J. M.

Wieder „Theater des Westens". Szenenwechsel in der Kantstraße. Aus der „Volksoper" ist wieder das „Theater des Westens" geworden. Auf dem Theaterzettel des 1. August steht: Beginn der Winterspielzeit 1925-26. Der Jahreszeit wie dem historischen Anlaß der Eröffnungsvorstellung wurde am einiges vorgegriffen. Am 25. Oktober wird die hundertste Wiederkehr von Johann Strauß' Geburtstag zu feiern sein — und schon beginnen die Jubiläumsvorstellungen. Bei Kroll spielt man seit einigen Tagen die „Fledermaus", im Theater des Westens gab es das „Wiener Blut". Eine leise Stepfis vor Beginn, ob wir wohl noch im Rhythmus dieses „Wiener Blutes" zu schwingen vermögen? Doch siehe da: wir können diese Walzer noch leiden; wir können uns auch heute noch an die Lachlust und Tänzigkeit dieser Musik hingeben, ohne uns zu langweilen. Ein bißchen zuckte es bei diesen Walzerklängen auch in den überjungfrischen Schimmy-Beinen. Die Aufführung war animiert und launig, nur das Orchester gelegentlich etwas zu dick. Die Kräfte zum Teil vorzüglich. Else Kochan als Gräfin versteht sich auf das Singen und Spielen wie auf Linie und Schönheit. Ein mit Keckheit und Treuherzigkeit ausgestattetes Wiener Mädel gab Margit Kühnel. Anni Daroca als Tänzerin sang nett und lieb — nur glaubte man ihr die Tänzerin nicht recht. Eduard Lichtenstein war ein glaubwürdiger Graf, allerdings etwas zu sehr an den typischen Operettentenor gemahnend. Der Kammerdiener Josef des Eugen Hietel, der Premierminister Geperts, vor allem aber K. Fischer als Wiener Fiakerkutscher und Oskar Sachs als Karussellbesitzer wußten ihre Rollen mit den Schlaglichtern eines urwüchsigen Humors zu würzen. Das dichtbesetzte Haus freute sich an der Darstellung und kargte nicht mit Beifall, den der neue Besitzer des Hauses, Theaterdirektor Richter nebst dem Dirigenten Franz Schönbaumsfeld und sämtlichen Mitwirkenden in geschlossener Reihe dankend entgegennahm.

sp.

Der neue „Vetter aus Dingsda". Eduard Künnekes Opus hat die Krise jener Operetten überstanden, die weder alt noch neu genug sind, um eine Neuinszenierung nach kaum vier Jahren nicht als gewagt erscheinen zu lassen. Der „Vetter aus Dingsda" ist zum zweitenmal (nun im „Theater in der Kommandantenstraße") ein großer Erfolg geworden. Künnekes sehr einfallsreiche, graziöse Musik, fesselnd in den reizvollen melodramatischen Szenchen, in den entzückenden Uebergängen, in den Tanzschlagern, die (nicht im letzten, verstärkten Rhythmus von heute) sympathische Erinnerung an zwei Ballwinter sind, deren Beherrscher sie waren: dies alles siegte wieder über ein Libretto, das, in der Idee originell, im Einzelnen von peinlich lahmem Witz ist. Johannes Müller als Fremder, stimmlich stark, angenehm leicht parodistisch im Spiel, und seine Partnerin Hedwig Waechter-Rotthoff als „Julia" (operntoll tragender Sopran, darstellerisch unbeeinflußt von jeder Kritik an ihrer Rolle, sentimentaler noch als diese) wurden mit Inge Karlsen, den anderen Darstellern, sämtlichen Verfassern und dem Dirigenten Dr. Römer immer und immer wieder vor den Vorhang gerufen.

H. L—g.

Das Prager Mozart-Haus. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Prag gemeldet wird, starb in der Villa Bertramka in einem Vororte Prags Frau Mathilde Slivenstyn, Besitzerin des sogenannten Mozart-Hauses. Durch ihren testamentlichen Verfügungen geht das Prager Mozart-Haus in den Besitz des Salzburger Mozarteums über. Frau Slivenstyn hat das Haus, in dem Mozart im Jahre 1787 den „Don Juan" schrieb, mit treuer Sorgfalt behütet und die beiden Zimmer, die er bewohnte, in ihrem historischen Zustande erhalten.

Aus den Theatern. Direktor Arthur Hellmer hat Lucie Höflich für das Lessing-Theater und Gisela Werbezirk für das Kleine Theater verpflichtet.

Im Komödienhaus erlebte unter temperamentvoller Leitung Rudolf Beraks Winterbergs Operette „Der letzte Kuß" die fünfzigste Aufführung. Es gab nicht endenwollenden Beifall und Hurapos. Neben der bewährten Frede Petersberg und den bewährten Besormann und Hermann-Schaufuß steht an der Stelle von Sitta jetzt Leopold Hainisch, ein scheinbarer Mann mit darstellerischer Disziplin und wirklichem Humor, dem man eine Berliner Zukunft voraussagen darf.

Das Stadttheater Schauspielhaus hat Friedrich Lichtnockers Komödie „Ja oder nein" zur reichsdeutschen Uraufführung angenommen.

Politische Strafrechtsprechung

Von

A. Freymuth.

Senatspräsident am Kammergericht.

Nach Zeitungsmeldungen hat das Schöffengericht in Hamburg den Schriftleiter Huppertz freigesprochen, der den Münchener Erzbischof, Dr. Faulhaber, des Landesverrats bezichtigt hatte. In der Presse ist das Protestschreiben abgedruckt worden, das die Kölner Zentrumspartei dieserhalb an den Justizminister gerichtet hat. In dieser Erklärung der Kölner Zentrumspartei ist das Urteil des Hamburger Schöffengerichts „als völlig fehlgehend und als unerhört in der Geschichte der Deutschen Justiz" und als geeignet, „das Vertrauen in die Deutsche Rechtsprechung auf das tiefste zu erschüttern", bezeichnet.

Das Urteil ist in keiner Weise unerhört, sondern ist nur ein Glied mehr in der langen Kette, die die Deutsche politische Strafrechtsprechung und -Verwaltung geschmiedet hat. Man braucht nur vor seinem Auge folgendes vorüberziehen zu lassen:

Der bayerische Graf Arco ermordet aus „nationalen Gründen den den Ministerpräsidenten Eisner. Er wird dieserhalb wegen Mordes zum Tode verurteilt. Bei der Verhandlung bescheinigt ihm der Staatsanwalt seine „nationale" Gesinnung. Unmittelbar nach der Verurteilung wird er zu Festung auf Lebenszeit begnadigt, genießt in der Festungshaft alle erdenklichen Freiheiten und wird im Herbst 1924 aus der Haft entlassen. Der Sozialdemokrat Lindner, der unter der Einwirkung von Eisners Ermordung in den Bayrischen Landtag eindringt, dort blindlings Schüsse abgibt und dabei einen der Anwesenden tödlich verletzt, wird wegen Totschlags zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt; er verbüßt diese Strafe auch jetzt noch. In dem Hochverratsprozeß gegen Hitler, Ludendorff und Genossen wurde den sämtlichen Angeklagten vom Gericht bescheinigt, daß sie aus tiefstinnerem, „nationalen" Gründen gehandelt hätten — ihr Plan war, gegen Berlin zu ziehen und mit Waffengewalt die republikanische Verfassung Deutschlands zu zerstören. Hitler und der Polizeipräsident Pöhner wurden zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 5 Jahren Festungshaft verurteilt, und es wurde ihnen Bewährungsfrist erteilt — nachdem sie beide in dem Prozeß erklärt hatten, daß sie jederzeit bereit seien, von neuem Aehnliches zu vollbringen, und nachdem Pöhner gesagt hatte, wenn hier Hochverrat vorliege, so treibe er solchen schon seit 5 Jahren. Ludendorff, dem Hitler den Oberbefehl über die von Hitler zu bildende Armee übergeben hatte, und der die ganze Nacht vom 8. zum 9. November 1923 mit Hitler zusammen verbracht hatte, wurde freigesprochen. Das Gericht bescheinigte ihm, er sei so tief ergriffen gewesen, daß er das, was sich vor seinen Augen abgespielt habe, nicht in sich aufgenommen habe.

Wenn jemand nicht „national" ist, dann steht die Rechtsprechung zum Rechtsschutze etwas anders aus. Der Sozialdemokrat und frühere Privatsekretär Eisners, Felix Fechenbach, wurde vom Münchener Volksgericht wegen Landesverrats zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er dazu verholfen hatte, daß das aus den letzten Tagen vor dem Kriege stammende sogenannte Ritter-Telegramm — ein Schriftstück, das für das republikanische Deutschland nur noch geschichtliches Interesse hat — im Jahre 1919 in einer französischen Zeitung veröffentlicht wurde. Der politisch ganz links eingestellte Schriftsteller Heinrich Bandt wurde am 13. Dezember 1923 von dem V. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Landesverrats zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er angeblich einem belgischen Schriftsteller ein aus dem September 1918 stammendes Schriftstück übergeben hat, das der belgische Schriftsteller in einem von ihm im Jahre 1921 herausgegebenen Buche veröffentlicht hat. Nach der Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Levi (Sitzung vom 10. März 1925) hat das Reichsgericht die Verurteilung auf folgende Erwägung gestützt: „Maßgebend ist, daß durch den Verrat des Schriftstücks zugleich die belgischen Persönlichkeiten verraten worden sind, mit denen die deutsche Regierung während des Krieges in Verbindung getreten war. Sollte unsere Regierung einmal in die Lage kommen, für ihre Zwecke jener Männer von neuem sich bedienen zu müssen, was bei einer Veränderung der gegenwärtigen politischen Lage leicht eintreten könnte, so würde ihr das durch diesen Verrat bedeutend erschwert sein." Als ich, ebenso wie seinerzeit in dem Fechenbach-Falle, gegen dieses durch die Strafhöhe wie durch die Begründung gleicherweise erschütternde Urteil öffentlich auftrat und versuchte, die Aufmerksamkeit namentlich der großen Presse auf diesen furchtbaren Fall zu lenken, da wandte sich der Reichswehrminister Dr. Geßler an meine vorgesetzte Dienstbehörde und erklärte, daß mein Verhalten das Ansehen des Deutschen Richters und das Vertrauen zu diesem Stande in weitesten Schichten des Volkes beeinträchtige. Der Reichswehrminister hat ansicheinend weder aus der sozialdemokratischen, noch aus der bürgerlich-demokratischen deutschen Presse, noch aus den Reichstagsverhandlungen bisher gewußt, daß das Vertrauen weitester Schichten des Volkes zu der politischen Strafrechtsprechung des Deutschen Richters bereits längst hoffnungslos erschüttert ist. Vielleicht wird der Protest der Kölner Zentrumspartei dem Herrn Reichswehrminister darüber die Augen öffnen, welches Mißtrauen jetzt schon bis tief in die Zentrumskreise hinein gegenüber der politischen Strafrechtsprechung in Deutschland herrscht.

Der Reichswehrminister hat in der öffentlichen Sitzung des Reichstages zugegeben, daß er bewußt mehrfach die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, der ein Deutsches Reichsgesetz ist, verletzt habe, namentlich indem Zeitfreiwillige eingestellt worden seien — als ob es das natürlichste Ding der Welt sei, daß ein Minister bewußt mehrfach ein Reichsgesetz verletzt. Das gesetzmidrige Treiben der rechtsradikalen Verbände ist allgemein bekannt. Es ist weiter allgemein bekannt, wie in Deutschland diejenigen Personen, die das Treiben dieser rechts-radikalen Verbände aufdeckten, mit Landesverratsprozessen überhäuft worden sind. Dieses Verhalten ist einer der wesentlichsten Punkte der Nichträumung des Ruhrgebietes zum 10. Januar 1925 gewesen, und es ist kennzeichnend, daß der Bericht der Interalliierten Militär-Kontrollkommission, der bereits vom 15. Februar 1925 stammt — also lange vor der Bekanntgabe der Denkschrift der Deutschen Liga (Mitte Mai 1925), die angeblich dem früheren Feindbund erst Material geliefert haben soll — unter anderem folgende Stelle enthält: „Schließlich ist es bezeichnend, daß — obwohl der Friedensvertrag Reichsgesetz geworden ist — Verfahren wegen Hochverrats" (soll wohl eher heißen Landesverrat) eröffnet werden konnten gegen die Verfasser gewisser Pressartikel, die auf Verstöße gegen den Vertrag hingewiesen hatten, oder gegen Personen, die im Verdacht standen, das Vorhandensein heimlicher Depots angezeigt zu haben, ja, daß schwere Strafen verhängt werden konnten. Nicht weniger bezeichnend ist ein Vergleich dieser Strenge mit der Nachsicht, die die gleichen Behörden und Gerichte den Verbänden bezeigt haben, deren Tätigkeit den Friedensbedingungen zuwiderläuft."

Als eine Eingabe des Professor Quidde im Januar 1924 der Reichsregierung die schweren außenpolitischen Besorgnisse des Friedenskartells wegen der sogenannten schwarzen Reichswehr ausdrückte, antwortete der General von Seeckt Professor Quidde mit einem Briefe, in dem er dieses Wirken als „im Interesse der Franzosen" gelegen und als den „Gipfel nationaler Würdelosigkeit" bezeichnete. Professor Quidde hat beantragt, wegen dieser schweren Beleidigung das öffentliche Strafverfahren gegen den General von Seeckt einzuleiten. Dies ist abgelehnt worden. Ebenso ist sowohl vom Amtsgericht Berlin-Mitte, wie vom Landgericht I Berlin abgelehnt worden, das Privatklageverfahren wegen Beleidigung zuzulassen; den General von Seeckt habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt (§ 193 Strafgesetzbuch).

Als die Denkschrift der Liga im Mai 1925 erschien, hat der „Lokal-Anzeiger" mich und meine Freunde als „Landesverräter" beschimpft. Eine Reihe von anderen Zeitungen hat dies aufgegriffen, und ich habe eine Anzahl von gemeinen und unflätigen Zuschriften erhalten. Obwohl der Reichswehrminister Geßler im Reichstage öffentlich erklärt hat, daß die Denkschrift nicht Landesverrat sei, haben wir sämtlich beschlossen, von einer Klage gegen die betr. Blätter abzusehen. Wir haben nicht das Vertrauen, daß auf pazifistischem Boden stehende Politiker vor Gericht Genugtuung erhalten sollten, wenn ein „nationaler" Mann sie als Landesverräter beschimpft.

Bekannt ist ja das Bild des Magdeburger Prozesses (Landgerichtsdirektor Bewersdorff). Dort ist der Angeklagte zwar verurteilt, aber gleichzeitig ist dem im Amte befindlichen Präsidenten der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, vom Gericht bescheinigt worden, daß er Landesverrat begangen habe.

Wie das Hamburger Urteil zeigt, greift die „nationale" Rechtsprechung jetzt über die Kreise der linksgerichteten Pazifisten hinaus, erfaßt das Zentrum und macht selbst vor dem Kirchenfürsten Dr. Faulhaber nicht halt. Nach dem früheren Falle des ehemaligen Zentrumsministers Höfle, der die Rechtsverwaltung angeht, kann einen dieser Hamburger Fall, der die Rechtsprechung angeht, nicht wundernehmen.

Man kann sich über eine solche Rechtsprechung und Rechtspflege, die das Kölner Zentrum, wie erwähnt, als „unerhört" bezeichnet, kaum wundern. Die Rechtsprechung und Rechtspflege ist ein Teil des allgemeinen staatlichen Lebens. Das staatliche Leben ist verdorben, wenn die Regierung selbst, deren höchste Aufgabe die Wahrung der Gesetze ist, die Gesetze übertritt. Es ergibt sich dann das groteske und beschämende Bild, daß die Regierung gegen diejenigen mit der Schwere des Strafgesetzes vorgeht, die gegen Gesetzwidrigkeiten auftreten. Auch die Gerichte glauben, sobald das Zauberwort „national" ertönt, diejenigen, die für das Gesetz eintreten, wegen Gesetzesbruchs verurteilen zu müssen. Bei Gelegenheit des obenerwähnten Briefes, den General von Seeckt an Prof. Quidde richtete, veröffentlichte der weitberühmte Völkerrechtslehrer und Reichstagsabgeordnete, Professor Dr. Walter Schücking einen offenen Brief an den General von Seeckt. In diesem Briefe heißt es: „Es gehört zu den traurigsten Eigentümlichkeiten der deutschen Politik aus dem Zeitalter des Obrigkeitsstaates, daß man sich in Deutschland gewöhnt hat, denen die vaterländische Gesinnung und damit die politische und persönliche Ehre abzusprechen, die zum Besten des Vaterlandes andere Wege beschritten wissen wollen, als die jeweilige Regierung es für zweckmäßig erachtet." — Nach dem, was wir nun schon seit Jahren in Deutschland erleben, ist die von Schücking als eine der traurigsten Eigentümlichkeiten der deutschen Politik aus dem Zeitalter des Obrigkeitsstaates gekennzeichnete politische Einstellung unverschrt in die Zeit des republikanischen Volksstaates hinübergerettet worden.

Wendung in der Schuldenfrage?

Aenderung des englischen Standpunktes

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

n **London**, 2. August

Schon das von uns am Sonnabend gemeldete Dementi des Foreign Office, in dem auf Veranlassung der verhandelnden Sachverständigen die Meldung von einem Abbruch der englisch-französischen Schuldenverhandlungen als falsch bezeichnet wurde, ließ erkennen, daß in der Frage der interalliierten Schulden anscheinend die grundsätzlichen Gegensätze, die seit langem zwischen England und Frankreich bestanden haben, im Verschwinden begriffen sind. Während nämlich die englische Forderung sich bisher in der Richtung bewegte, von den Alliierten soviel zu erhalten, daß damit die englischen Zahlungen an Amerika gedeckt werden könnten, macht jetzt der diplomatische Berichterstatter des „Observer" die Mitteilung, daß auf beiden Seiten in den stattgehabten Verhandlungen Einigkeit darüber bestanden habe, daß ebenso wie die deutschen Zahlungen nach dem Dawes-Plan auch die französischen Zahlungen sich im Prinzip nach der Zahlungsfähigkeit Frankreichs und ferner nach der Situation am Devisenmarkt, d. h. nach den Transferierungsmöglichkeiten richten sollen.

Wenn diese Information des „Observer" stimmt, so bedeutet das eine vollständige Aenderung der bisherigen prinzipiellen Situation in der Schuldenfrage. Mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen an Amerika hat sich England bisher geweigert, den beiden Prinzipien der Zahlungsfähigkeit und der Transferierungsmöglichkeit zuzustimmen. Es hat damit aber auch darauf bestanden, daß zur Grundlage einer endgültigen Regelung trotz allen Entgegenkommens gegenüber den Schwächeren doch immer die tatsächlich bestehende Schlußsumme gemacht werden müsse, und nicht ein schwankender Index, der die feststehenden Goldverpflichtungen Englands möglicherweise ungedeckt lassen könnte.

Angesichts der Tatsache nun, daß mit einer Aenderung des amerikanischen Standpunktes, wie auch der Abbruch der kürzlich amerikanisch-italienischen Verhandlungen gezeigt hat, nicht im geringsten gerechnet werden kann, muß es aber als fraglich bezeichnet werden, ob die Informationen des „Observer" zutreffen und England tatsächlich seinen prinzipiellen Standpunkt in der Schuldenfrage ganz grundsätzlich geändert hat. Es ist wahrscheinlich, daß es sich hier um die Mitteilung der Gesinnung handelt, mit der die englische Regierung an die Bestimmung der Zahlungsmodalitäten herangehen will, bei der sie weitgehend auf die französische Zahlungs- und Ueberweisungsfähigkeit Rücksicht nehmen kann, ohne ihr Prinzip aufzugeben, denn auf diese Weise würde England nicht von der gemeinsamen Basis, auf der es sich bisher mit den Vereinigten Staaten sicher nicht unabhängig in der Schuldenfrage befunden hat, abzugehen brauchen. Nach dem „Observer" bedeutet die jetzige Forderung der englischen Sachverständigen de facto einen Schuldennachlaß von 50 v. H.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hat besondere Informationen aus Paris darüber, daß das französische Angebot in der Schulfrage bestände erstens aus der Bezahlung von vier Millionen Pfund im Jahre und hierzu zweitens 9 v. H. des französischen Anteils an den deutschen Reparationszahlungen. Da sich jedoch das englische Schatzamt weigert, wegen der Transferierungsgefahr die Daweszahlungen zu ihrem Nennwert einzusehen, könnte es für diese 9 v. H. als wirklichen Wert nicht mehr als höchstens 3 Millionen Pfund anerkennen.

England muß sparen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

fz **London**, 2. August

Auf die ernste budgetäre Lage Englands geht heute der ehemalige Schatzkanzler Snowden im „Weekly Dispatch" ein. Er weist darauf hin, daß bereits im Voranschlag die Ausgaben des laufenden Etatsjahres um 9 Mill. Pfund höher seien als im Vorjahre. Das Versprechen des jetzigen Schatzkanzlers Churchill, durch Ersparnisse die Ausgaben jährlich um 10 Mill. Pfund zu drücken, sei durch die Nachtragsetats fast ins Gegenteil verkehrt. Nachträgliche Ausgaben von mehr als einer halben Million Pfund seien schon hinzugekommen, ferner eine neue Ausgabensumme von 4 Mill. Pfund im Jahre für die Witwenpensionen und schließlich noch die schwere Last von 58 Mill. Pfund durch das neue Flottenprogramm. Außerdem befände sich ein Luftflottenprogramm in Wirksamkeit, das steigende jährliche Ausgaben für diese Waffe vorsieht. Es bestünden aber noch Möglichkeiten, die Ausgaben zu drücken. So z. B. koste der Admiralitätsstab in diesem Jahre 1,23 Mill. Pfd. gegenüber 450 000 Pfund vor dem Kriege. Die Hauptausgabe besteht jedoch in der ungeheueren Schuldenlast Englands. Von einer Gesamtausgabe von 700 Millionen Pfund werden 120 Millionen Pfund für die Kampfwaffen und 355 Millionen Pfund für den Schuldendienst ausgesetzt. Um diese Last des Schuldendienstes zu vermindern, gäbe es nur einen Weg, die Schulden bei einem günstigen Markt in niedriger verzinsliche zu konvertieren. Um diesen günstigen Markt zu schaffen, müßte aber eine größere Sparsamkeit eintreten.

Das neue Kabinett Kato

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

fz **London**, 3. August

Der zurückgetretene japanische Premierminister Graf Kato hat sein neues Kabinett, mit dessen Bildung er betraut worden war, bereits zusammengestellt. Das neue Kabinett ist ziemlich das gleiche wie das alte, nur daß die drei Mitglieder der Seiyukai, die das Portefeuille der Justiz, des Handels und der Landwirtschaft innehatten, jetzt durch Mitglieder der Kenseikaipartei ersetzt worden sind. Außenminister ist Baron Shidehara. Dieses neue Kabinett ist ein persönlicher Sieg Katos. Die Entscheidung des japanischen Regenten deutet an, daß er mit einer Politik der Steuerreform, Erleichterung der Lage der Mittelklassen und Besserung der außenpolitischen Beziehungen einschließlich Chinas und Rußlands übereinstimmt. Das von den beiden jetzigen Oppositionsparteien, den Seiyukai und den Seiyuhonto nunmehr abgeschlossene Abkommen zur Zusammenarbeit wird allgemein als nicht aufrichtig angesehen. Sollten diese beiden Parteien jedoch ehrlich zusammenarbeiten, so dürfte Katos Regierung im Parlament im Februar niedergestimmt werden, da die Kenseikapartei allein nicht über die Majorität verfügt. Für diesen Fall dürften Neuwahlen stattfinden, und zwar bereits unter dem neuen Wahlgesetz, bei dem zehn Millionen Wähler statt bisher drei Millionen stimmen werden.

Portugals neues Kabinett

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Lissabon**, 3. August

Die neue protugiesische Regierung ist von Domingos Pereira, dem früheren Präsidenten der Deputiertenkammer, soeben gebildet worden. Sie besteht aus gemäßigten Demokraten und Unabhängigen.

Ziwar-Pascha in Paris

Der ägyptische Ministerpräsident Ziwar-Pascha ist gestern abend, von London kommend, in Paris eingetroffen. Er begab sich sofort nach dem Quai d'Orsay, wo er dem Außenminister Briand einen Besuch abstattete.

Bryans Beisetzung

Wie aus Washington gemeldet wird, fand die Beisetzung Bryans mit einer schlichten Trauerfeier gestern in Anwesenheit einer großen Menschenmenge statt.

(Hierzu eine Beilage.)

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.